RFB
Rat für französischsprachige Angelegenheiten
des Verwaltungskreises Biel/Bienne

RFB 2006–2026: 20 Jahre französischsprachige Angelegenheiten

Geschichte des Rates für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB)



Impressum

Autorin
Anne-Valérie Zuber, Historikerin, Biel/Bienne

Grafikdesign und Layout
Claudia Ünal, Bubblelab, Biel/Bienne

Karikaturen
Caroline Rutz, carotoons, Biel/Bienne

Lektorat
Gérard Caussignac
Renato Folli
Christophe Hauser

Deutsche Übersetzung
Zentraler Übersetzungsdienst der Staatskanzlei des Kantons Bern

Herausgeber
Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RBF)
Seevorstadt 45
2502 Biel/Bienne

© Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB), 2026.
Alle Rechte vorbehalten.
Digitale Erstausgabe: November 2026

Danksagung der Autorin

Das Lektorat und die Korrekturvorschläge von Aurélie Landry und Stéphanie Wavre (Generalsekretariat des RFB), Renaud Lieberherr und Nicolas Gschwind (Büro des RFB), David Gaffino, Renato Folli, Gérard Caussignac und Christophe Hauser (Staatskanzlei des Kantons Bern) sowie von Dr. Sarah Probst und Dr. Cézane Beretta haben massgeblich zur Verbesserung dieses Textes beigetragen. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Ein besonderer Dank gilt dem Zentralen Übersetzungsdienst der Staatskanzlei des Kantons Bern für die deutsche Übersetzung meiner Arbeit.

Hinweis für die Leserinnen und Leser

Die Biografien der Persönlichkeiten, die die Geschichte des RFB geprägt haben, sowie die Beschreibungen der Partnerinstitutionen sind in einem Glossar im Anhang zusammengestellt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 5

Teil 1
Was ist der RFB? 7

Teil 2
Warum einen Rat für französischsprachige Angelegenheiten in einem zweisprachigen Kanton? 12

Teil 3
2006–2026: Rückblick auf die ersten fünf Legislaturperioden 19

Schlussfolgerung
Der RFB: 20 Jahre Schutz der französischsprachigen Minderheit 30

Anhänge 35

Einleitung

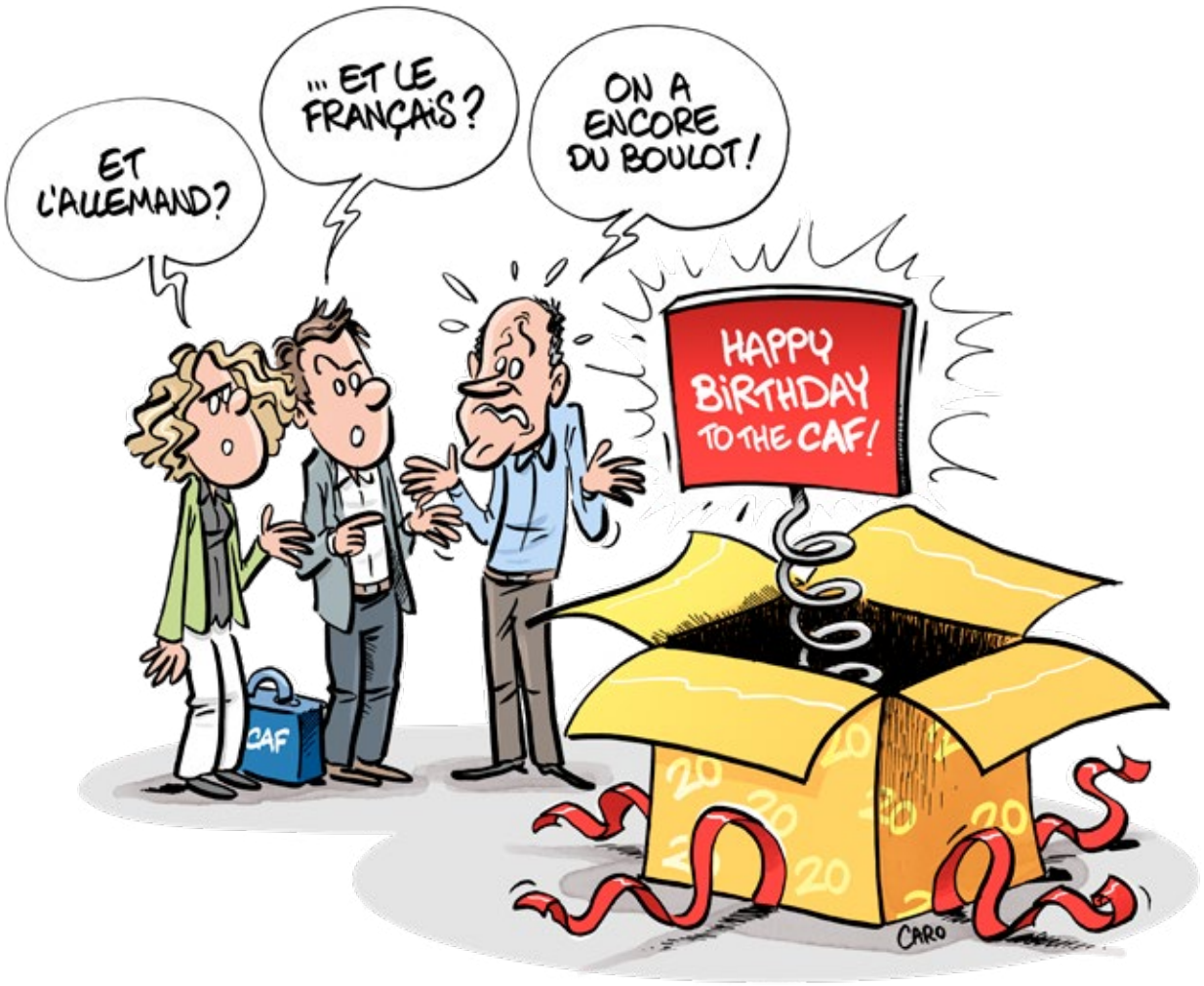
Am 14. Juni 2006, während alle Augen auf die Fussball-Weltmeisterschaft gerichtet waren, machte sich ein 15-köpfiges Team daran, in Biel eine neue politische Institution zu gründen: den Rat für französischsprachige Angelegenheiten (RFB).[1] Der RFB, der durch das Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (SStG) eingesetzt wurde, hatte die Aufgabe, die Interessen der französischsprachigen Minderheit zu wahren und die Zweisprachigkeit im damaligen Amtsbezirk Biel/Bienne zu fördern. Laut seiner ersten Präsidentin, Béatrice Sermet-Nicolet, hatte dieses «einzigartige und originelle» Ereignis ebenso viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie die Fussball-WM.[2] Tatsächlich stellte die Gründung des RFB einen historischen Schritt für die Zweisprachigkeit im Kanton Bern dar. Die Zweisprachigkeit, die heute als vorbildlich[3] gilt, war in ihrer gelebten und praktizierten Form das Ergebnis einer originellen politischen Arbeit, getragen von Akteurinnen und Akteuren, die entschlossen waren, die spezifische Identität der Region Biel, die auf dem Miteinander von Deutsch und Französisch beruhte, zu stärken. Dennoch ist der RFB in der breiten Öffentlichkeit nach wie vor eine relativ unbekannte Institution. Anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens dieses im Hintergrund wirkenden Gremiums zielt dieser historische Rückblick daher darauf ab, den RFB stärker ins Bewusstsein zu rücken, wobei sowohl der historische Kontext, der seine Gründung begünstigte, als auch seine Errungenschaften der vergangenen 20 Jahre beleuchtet werden.

Im Hinblick auf eine Geschichte der Zweisprachigkeit mag die Fokussierung auf «französischsprachige Angelegenheiten», die im Namen des RFB enthalten sind, auf den ersten Blick paradox erscheinen. Ist es nicht a priori widersprüchlich, zunächst die Interessen der französischsprachigen Bevölkerung zu wahren, um die Zweisprachigkeit gemäss den Vorgaben des SStG zu stärken? Um dies zu verstehen, muss man zunächst auf die Ursprünge des RFB zurückblicken, die eng mit den verschiedenen Versuchen zur Lösung der Jurafrage verbunden waren, d. h. mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit den Rechten der französischsprachigen Minderheit im Kanton Bern sowie mit denjenigen, die sich aus der territorialen Besonderheit des Verwaltungskreises (ursprünglich des Amtsbezirks) Biel/Bienne ergeben, dessen Bevölkerung sowohl aus Deutschsprachigen als auch aus Französischsprachigen besteht. Vor diesem Hintergrund entsprach die Gründung des RFB parallel zur Gründung des Bernjurassischen Rats (BJR) in einzigartiger Weise dem Bedürfnis, die regionale Zweisprachigkeit gezielt zu stärken.
In einem zweiten Schritt gilt es zu verstehen, wie sich die Tätigkeit des RFB im Laufe der vergangenen fünf Legislaturperioden (2006–2026) konkretisiert hat. Auch hier ist eine Spannung hervorzuheben, die bereits damals von den Kritikern des RFB angesprochen wurde: Wie kann der RFB seine Aufgaben zur Wahrung der Interessen der französischsprachigen Minderheit und zur Förderung der Zweisprachigkeit erfüllen, obwohl er lediglich über eine beratende Funktion (ohne Entscheidungsbefugnisse) verfügt? Die gesamte Arbeit des RFB beruht auf seiner Fähigkeit, sich einen Platz zu schaffen und sich zu legitimieren, indem er auf allen Ebenen als Vermittler zwischen verschiedenen Partnern auftritt. Im Verlauf dieses Rückblicks soll nachgezeichnet werden, wie die Mitglieder des RFB diesen Auftrag wahrnehmen.

Diese anlässlich des 20-jährigen Bestehens des RFB erstellte historische Arbeit stellte für die Historikerin eine Herausforderung dar, sowohl hinsichtlich der zeitlichen Nähe zum Forschungsgegenstand als auch aufgrund dessen Neuartigkeit. Obwohl die Existenz des RFB in verschiedenen Studien zur regionalen Zweisprachigkeit[4] erwähnt wird, war seine spezifische Rolle in diesem ganz besonderen Kontext bislang im Wesentlichen von den Mitgliedern des RFB im Bieler Jahrbuch[5] behandelt worden. Dieser Korpus veranschaulicht auf seine Weise die besondere Identität dieses Gremiums, das sowohl dem Auftrag nachkommt, die zur Wahrung der französischsprachigen Interessen in der Region geleistete Arbeit bekanntzumachen, als auch den Anteil französischsprachiger Artikel im Bieler Jahrbuch zu erhöhen und so konkret zur regionalen Zweisprachigkeit[6] beizutragen. Der anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des RFB erstellte Rückblick bietet daher Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme, die – wie jede historische Arbeit – keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Diese Arbeit stützt sich in erster Linie auf die Unterlagen des RFB (Geschäftsberichte, verschiedene Publikationen[7]), wurde jedoch auch unter Beizug der Bestände des Staatsarchivs des Kantons Bern und der Bestände des Bieler Stadtarchivs verfasst. Bemerkenswert ist, dass die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Zweisprachigkeit sowie die Mechanismen zur Wahrung und Stärkung der französischsprachigen Interessen in der Region Gegenstand einer Vielzahl von Analysen, Untersuchungen sowie mehrerer hundert Seiten von Berichten sind, die ebenfalls wertvolles Material für diesen Rückblick liefern und Aufschluss darüber geben, wie der RFB im Laufe der Zeit definiert und legitimiert wurde. Aufgrund der politischen Komplexität des Themas und um dieser Geschichte konkrete Einblicke zu verleihen, wurden vier Interviews mit ehemaligen Mitgliedern und Mitarbeitenden des RFB geführt.

Die Broschüre gliedert sich in vier Teile. Nach einer Einführung zum Aufbau und zur Arbeitsweise des RFB gehen wir auf den Entstehungskontext des RFB und die Debatten im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Sonderstatutsgesetzes (SStG) ein, gefolgt von einem Rückblick auf die ersten fünf Legislaturperioden des RFB von 2006 bis 2026. Der vierte und letzte Teil besteht schliesslich aus einer Zusammenfassung. In den Anhängen finden sich verschiedene ergänzende Informationen (Mitgliederverzeichnis, Glossar mit den Gründungsmitgliedern und einigen Partnern sowie eine Chronologie).



TEIL 1

Was ist der RFB?

Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des Verwaltungskreises Biel/Bienne (SStG)

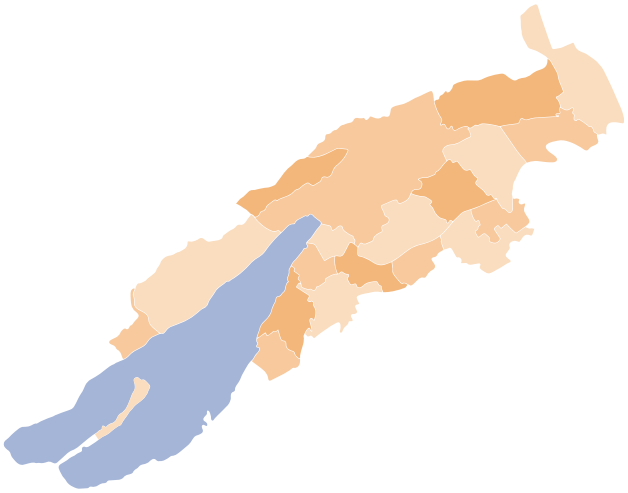
Französischsprachige Bevölkerung des Verwaltungskreises Biel/Bienne

Organisation

Wahlen

Was ist der RFB?

Der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB) ist ein politisches Gremium im Kanton Bern, dessen Aufgabe darin besteht, die Interessen der französischsprachigen Bevölkerung zu wahren und die Zweisprachigkeit im Verwaltungskreis Biel/Bienne zu fördern. Der RFB wurde im Rahmen des Gesetzes vom 13. September 2004 über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des Verwaltungskreises Biel/Bienne (Sonderstatutsgesetz, SStG), das 2006 in Kraft trat, gegründet. Im Folgenden stellen wir dessen Organisation und Funktionsweise sowie die Merkmale vor, die den RFB von seinem Pendant für den Berner Jura, dem Bernjurassischen Rat (BJR), unterscheiden.



Der Wirkungskreis des RFB umfasst heute die 19 Gemeinden des Verwaltungskreises Biel/Bienne, darunter 17 deutschsprachige und zwei zweisprachige (Biel und Leubringen). Vor der Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung im Jahr 2018 beschränkten sich die Aktivitäten des RFB auf das Gebiet des ehemaligen zweisprachigen Amtsbezirks Biel (bestehend aus Biel und Leubringen).

Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des Verwaltungskreises Biel/Bienne (SStG)[8]

Art. 1

[1] Dieses Gesetz führt für die Bevölkerung des Berner Juras ein Sonderstatut ein, das es ihr erlauben soll,

a. innerhalb des Kantons ihre Identität zu bewahren sowie ihre sprachliche und kulturelle Eigenart zu stärken und

b. aktiv am kantonalen politischen Leben teilzunehmen.

[2] Es bezweckt die Förderung der Zweisprachigkeit im Verwaltungskreis Biel/Bienne und die Stärkung der Situation seiner französischsprachigen Bevölkerung als sprachliche und kulturelle Minderheit.

[3] Es bezweckt ausserdem, zur Stärkung des kantonalen Zusammenhalts beizutragen.

Im Juni 2006 wurden mit dem Inkrafttreten des SStG der RFB und der BJR gegründet. Sie traten die Nachfolge des Regionalrats des Berner Juras und Welschbiels (1994–2006) an, der sich aus den bernjurassischen Grossratsmitgliedern und den französischsprachigen Grossratsmitgliedern des Amtsbezirks Biel sowie aus den drei Regierungsstatthaltern des Berner Juras und jenem des Amtsbezirks Biel zusammensetzte. Sie arbeiten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben eng zusammen, insbesondere bei der Wahrung der Interessen der französischsprachigen Bevölkerung des Berner Juras und des zweisprachigen Verwaltungskreises Biel/Bienne, wie es das SStG vorsieht. Aus historischen und politischen Gründen, auf die wir im Folgenden näher eingehen werden, unterscheiden sich die Zuständigkeiten und die Zusammensetzung dieser beiden Räte. Diese Unterschiede lassen sich durch den «territorialen» Charakter des BJR, der die französischsprachige Verwaltungsregion Berner Jura vertritt, und den «personenbezogenen» Charakter des RFB, der die französischsprachige Bevölkerung des zweisprachigen Verwaltungskreises Biel/Bienne vertritt, zusammenfassen.[9]

Der BJR setzt sich aus 24 Mitgliedern zusammen, die von der Bevölkerung des Berner Juras gewählt werden. Er verfügt über Entscheidungsbefugnisse im Bereich der Kulturförderung sowie bei der Vergabe von Kulturbeiträgen aus dem Lotteriefonds und aus dem Sportfonds. In diesen Bereichen tritt er bei Projekten, die den Berner Jura betreffen, an die Stelle der zuständigen kantonalen Direktionen.[10]

Im Gegensatz zum BJR werden die meisten Mitglieder des RFB nicht direkt vom Volk gewählt. Im Kulturbereich hat der RFB keine Entscheidungsbefugnisse und gibt lediglich Vorabstellungnahmen zu Beitragsgesuchen ab, während die endgültige Entscheidung beim kantonalen Amt für Kultur liegt. Dies erklärt sich durch die besondere Situation des zweisprachigen Gebiets, die erfordert, dass die beiden Sprachgemeinschaften – die deutschsprachige und die französischsprachige – gleichberechtigt sind.
Im Sinne des SStG arbeiten der RFB und der BJR bei allen Angelegenheiten, die die Zweisprachigkeit in der Region betreffen, eng zusammen. Die Modalitäten dieser Zusammenarbeit sind in einem gemeinsamen Reglement festgelegt. Jeder Rat verfügt darüber hinaus über eine eigene Geschäftsordnung, in der seine Arbeitsweise geregelt ist.[11]

Französischsprachige Bevölkerung des Verwaltungskreises Biel/Bienne

Der RFB hat die Aufgabe, die Interessen der französischsprachigen Bevölkerung zu wahren und die Zweisprachigkeit im Verwaltungskreis Biel/Bienne zu fördern. In dieser Region sind die Französischsprachigen in dreifacher Hinsicht in der Minderheit[12], da sie in ihrer jeweiligen Gemeinde, im Kanton Bern (10,2 %) und innerhalb der Eidgenossenschaft (23 %[13]) eine Minderheit darstellen. Die Situation befindet sich jedoch in ständiger Entwicklung: Sowohl in Biel als auch in den deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises ist die französischsprachige Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten gewachsen.[14] Im Jahr 2025 setzte sich die ständige und nichtständige Bevölkerung in Biel zu 55,2 Prozent aus Deutschsprachigen und zu 44,8 Prozent aus Französischsprachigen zusammen.[15] Laut der kantonalen Bevölkerungsstatistik 2026[16] macht die französischsprachige Bevölkerung im Verwaltungskreis 31 Prozent aus.



10 % Französischsprachige im **Kanton Bern**

31 % Französischsprachige im **Verwaltungskreis Biel/Bienne**

45 % Französischsprachige in der **Stadt Biel**

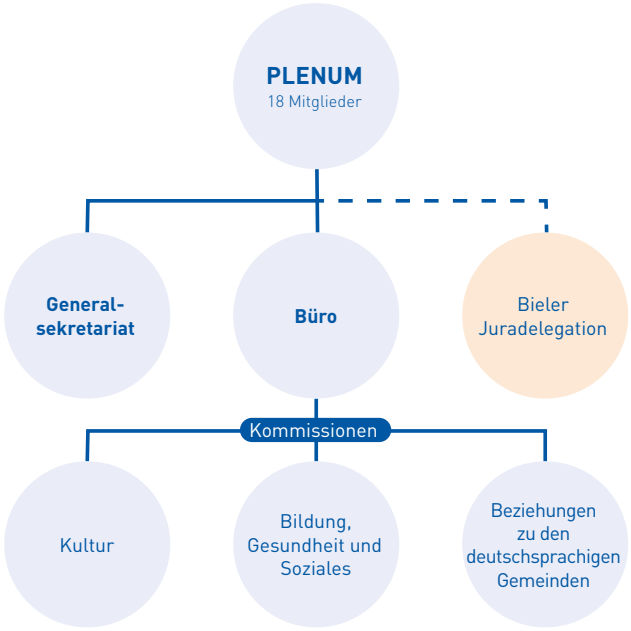
Organisation

Der RFB besteht derzeit aus 18 Mitgliedern (Plenum), die für eine Amtsperiode von vier Jahren gewählt werden. Seine Arbeit verteilt sich auf verschiedene Organe (Büro und Kommissionen). Bei der Erledigung seiner Aufgaben wird er im Tagesgeschäft vom Generalsekretariat unterstützt, das zwei Mitarbeitende beschäftigt. Das Generalsekretariat bereitet die Traktanden für die Sitzungen vor, verfasst die Sitzungsprotokolle und kümmert sich um alle laufenden Geschäfte. Der RFB hat seinen Sitz in Biel und ist administrativ der Staatskanzlei des Kantons Bern angegliedert.[17] Seine Betriebskosten werden vom Kanton Bern getragen.[18]

Die Tätigkeit des RFB stützt sich auf die Arbeit der Kommissionen und des Büros. Das Büro besteht aus sechs Mitgliedern und bereitet die Geschäfte vor, die dem Plenum – dem obersten Entscheidungsgremium des RFB – vorgelegt werden. Im Laufe eines Kalenderjahres tritt das Plenum sieben- bis achtmal zusammen. In diesen Plenarsitzungen werden alle endgültigen Beschlüsse zu den Dossiers gefasst, an denen die Mitglieder des RFB gearbeitet haben.

«Taten statt Worte» – so könnte das Motto des RFB lauten, der sich in immer grösserem Umfang und auf immer greifbarere Weise für die Unterstützung und den Schutz der französischsprachigen Minderheit in unserer Region einsetzt.»

Pierrette Berger-Hirschi
Gründungsmitglied und RFB-Präsidentin (2014–2022)



Organigramm des RFB

«Der RFB ist ein politisches Gremium ohne Entscheidungsbefugnis, und trotz dieser komplexen Situation hat er zahlreiche konkrete und positive Ergebnisse erzielt. Vielleicht ist es gerade das Fehlen von Entscheidungsbefugnissen, das ihn rettet – wenn man bedenkt, dass Macht unweigerlich korrumpiert. Wer es schafft, beim RFB zu arbeiten, kann anschliessend überall arbeiten, da man dort lernen muss, zu verhandeln, Lösungen zu finden und Kompromisse einzugehen.»

Guy Lévy
stv. Generalsekretär der damaligen Erziehungsdirektion, 2016

Historisch gesehen verfügt der RFB über zwei ständige Kommissionen, die auf die wichtigsten Tätigkeitsbereiche des Rates spezialisiert sind: die Kulturkommission (KK) und die Kommission Bildung, Gesundheit und Soziales (CoForS). Jede dieser Kommissionen besteht aus vier bis sechs Mitgliedern, die sich mit den in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Themen befassen und Vorabstellungnahmen ausarbeiten. Seit 2026 ist eine dritte Kommission (die ehemalige Ad-hoc-Kommission) für die Beziehungen zu den deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises (CoReCo) damit beauftragt, die Beziehungen zu den 17 deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises sowie zu den deutschsprachigen Medien auszubauen. Drei Mitglieder des RFB gehören zudem der Bieler Juradelegation (DBAJ) an, die 2009 gegründet wurde, um die Koordination der Standpunkte des RFB und der Gemeinderäte von Biel und Leubringen zu erleichtern.

Als politisches Gremium mit beratender Funktion ist der RFB der Ansprechpartner des Regierungsrates und der Verwaltung des Kantons Bern in allen Angelegenheiten, die die Interessen der französischsprachigen Gemeinschaft des Verwaltungskreises betreffen. Konkret bedeutet dies, dass er im Rahmen von Gesetzesänderungen konsultiert wird, Stellungnahmen zur Ernennung von höheren Kadern der Kantonsverwaltung abgibt oder Vorabstellungnahmen zu Kulturbeiträgen (aus dem Lotteriefonds, dem Sportfonds oder dem Kulturförderungsfonds) verfasst. Das Generalsekretariat des RFB übernimmt zudem bestimmte kommunale Aufgaben im Zusammenhang mit der regionalen Zweisprachigkeit.[19]

Wie ein ehemaliger Generalsekretär des Rates feststellte, kann der RFB «allein praktisch nichts bewirken».[20] Der Grossteil seiner Erfolge beruht auf seiner Fähigkeit, eng mit politischen Akteuren und Gremien sowie mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die im Bereich der Zweisprachigkeit tätig sind.

Seit seiner Gründung arbeitet der RFB regelmässig mit dem BJR, den Gemeindebehörden und dem Regierungsstatthalteramt sowie mit den kantonalen Behörden und den verschiedenen Verwaltungsstellen zusammen. Auf kantonaler politischer Ebene zählt der RFB die französischsprachige Deputation des Grossen Rates sowie die Juradelegation (JDR/DAJ) des Regierungsrates zu seinen Partnern. Zu den weiteren Partnern[21] des RFB zählen das Forum für die Zweisprachigkeit, der Verein «seeland.biel/bienne» und der Verein «Jura bernois.Bienne» (siehe Anhang: Glossar).

Wahlen

Die Mitglieder des RFB werden nach unterschiedlichen Verfahren gewählt. Die beiden Mitglieder aus Leubringen werden von der Gemeindeversammlung, dem obersten Organ der Gemeinde, gewählt. Die übrigen sechzehn Mitglieder werden vom Bieler Stadtrat bzw. – im Falle der deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises – über den Verein seeland.biel/bienne gewählt.

Die Mitglieder des RFB sind in der Regel gut vernetzte Personen, die in verschiedenen sozialen und politischen Bereichen der Region tätig sind. Sie interessieren sich für Themen rund um Sprache, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Gesundheit, Soziales sowie für rechtliche und staatspolitische Fragen. Sie müssen zudem die schweizerische Staatsangehörigkeit sowie das Stimm- und Wahlrecht besitzen. Französischkenntnisse in Wort und Schrift sind zwingend erforderlich, vor allem für die deutschsprachigen Mitglieder, da die Sitzungen auf Französisch stattfinden. Weil die Teilnahme an den Sitzungen grundsätzlich obligatorisch ist, wird von den Mitgliedern ausserdem eine hohe Verfügbarkeit erwartet.

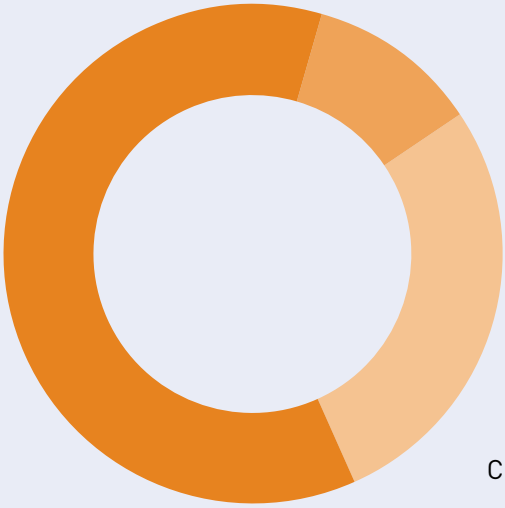
Der RFB, der sich insbesondere aus Mitgliedern der kommunalen Legislativen und Exekutiven oder des Grossen Rates zusammensetzt, ist ein politisches Gremium, in dem verschiedene politische Gruppierungen vertreten sind. Seit seiner Gründung sorgt er für ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den linken und den rechten politischen Kräften. Historisch gesehen waren die wichtigsten Parteien innerhalb des RFB die SP (namentlich der Parti socialiste romand, PSR) und die FDP (namentlich der Bieler Welschfreisinn, PRR). Im Laufe der Zeit hat sich seine Zusammensetzung durch das Hinzukommen mehrerer gewählter Vertreterinnen und Vertreter der Grünen und der SVP diversifiziert. Seit 2018, d. h. mit der Erweiterung des RFB-Wirkungskreises auf die Gemeinden des Verwaltungskreises, ist auch die Zahl der Parteilosen gestiegen.
Die jüngsten RFB-Wahlen im Hinblick auf die sechste Legislaturperiode fanden im Mai 2026 statt. An der konstituierenden Sitzung vom 16. Juni 2026 wurden alle Organe des RFB neu bestellt, und als Nachfolger von Ariane Tonon (GRÜNE) wurde der Welschbieler Sozialdemokrat Renaud Lieberherr zum neuen Präsidenten gewählt.[22]

11 Mitglieder vertreten die Stadt Biel.
Sie werden vom Stadtrat gewählt.

- Renaud Lieberherr
  Präsident
- Maurice Paronitti
  Vizepräsident
- Julien Brault
- Catherine Corbaz
- Glenda Gonzalez Bassi
  Gemeinderat
- Nicolas Gschwind
- Sandra Lo Curto
- Claudine Mangeat
- Natasha Pittet
  Gemeinderat
- Anna Tanner
  Gemeinderat
- Océane Varrin

2 Mitglieder vertreten die Einwohnergemeinde Leubringen.
Sie werden von der Gemeindeversammlung gewählt.

- Guy Bärtschi
- Madeleine Deckert
  Gemeinderat



- Amira Ben Amor
- Pascal Bord
- Alain Buhagiar
- Jennifer Calderara Grunder
- Christine Schneider-Rustichelli

5 Mitglieder vertreten die 17 deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises.
Sie werden von der Agglomerationskonferenz Biel der Vereinigung seeland.biel/bienne gewählt.

TEIL 2

Warum einen Rat für französischsprachige Angelegenheiten in einem zweisprachigen Kanton?

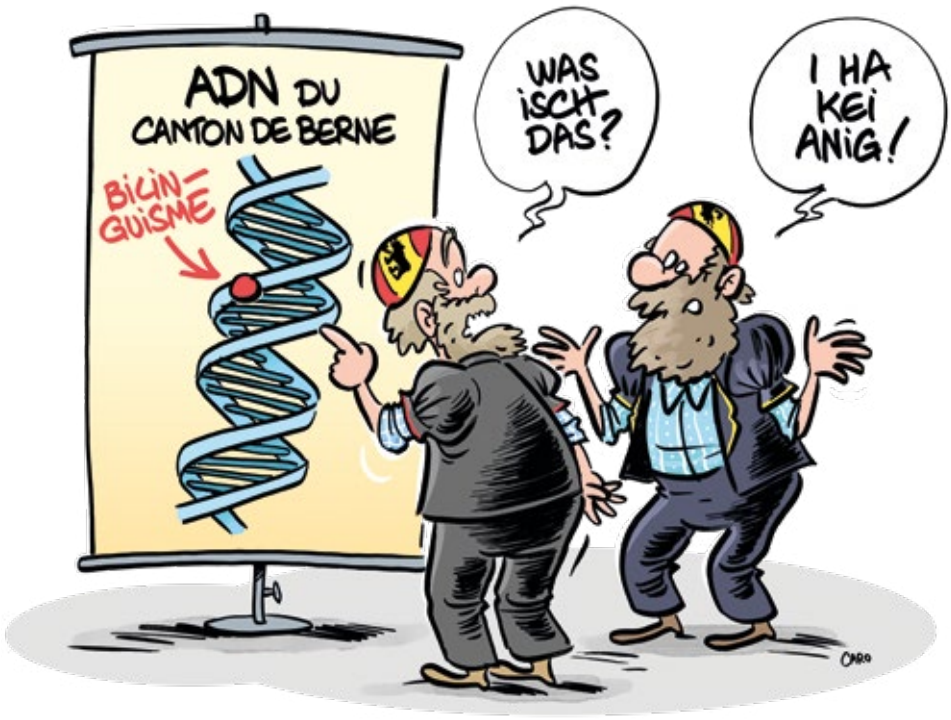
Französischsprachige Minderheit im Amtsbezirk Biel

Ein «Sonderstatus» für die Bieler Zweisprachigkeit

Ein neuer Rat für französischsprachige Angelegenheiten in Biel (RFB)

Warum einen Rat für französischsprachige Angelegenheiten in einem zweisprachigen Kanton?

Die Gründung des RFB im Jahr 2006 stand sowohl im Zusammenhang mit der Entwicklung der kantonalen Politik gegenüber der französischsprachigen Minderheit als auch mit den Debatten rund um die Zweisprachigkeit in Biel. Diese beiden Aspekte trafen zu Beginn der 2000er-Jahre aufeinander, als die Diskussionen um das Sonderstatut des Berner Juras die Bieler Behörden dazu veranlassten, eine institutionelle Berücksichtigung der zweisprachigen Besonderheit ihrer Region einzufordern. Wir gehen hier auf diesen besonderen Kontext ein, der zur gemeinsamen Gründung des RFB und des BJR führte.



Der Kanton Bern, der seit 1950 offiziell zweisprachig ist, verankerte 1993 in der neuen Kantonsverfassung Deutsch und Französisch als Amtssprachen.

Französischsprachige Minderheit im Amtsbezirk Biel

Die Bieler Zweisprachigkeit (Deutsch/Französisch), die seit 2013 auf der Liste des immateriellen Kulturerbes der Schweiz[23] steht, wird gerne als «Vorbild» für das Zusammenleben der Sprachgemeinschaften angeführt.[24] Im Vergleich zu anderen mehrsprachigen Regionen wie den Kantonen Wallis, Graubünden oder Freiburg werde die Zweisprachigkeit in Biel vorbildlich gelebt.[25] Bis ins 18. Jahrhundert war die Bevölkerung von Biel alemannisch geprägt. Archäologische Funde belegen indessen, dass die Region bereits seit der Römerzeit als Sprachgrenzgebiet zu betrachten ist.[26] Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte die Zweisprachigkeit mit der Entwicklung der Uhrenindustrie einen regelrechten Aufschwung.[27] Bis in die 1990er-Jahre wuchs die französischsprachige Bevölkerung stetig an, angetrieben durch die Zuwanderung aus Italien, Spanien und Portugal. Anfang der 1990er-Jahre war ein leichter Rückgang zu verzeichnen; die Einwanderung setzte sich damals überwiegend aus Staatsangehörigen des Balkans und der Türkei zusammen, die eher zur Stärkung der deutschen Sprache beitrugen.[28] Zwischen 1979 und 2010 blieb der Anteil der französischsprachigen Schweizerinnen und Schweizer in der Stadt Biel jedoch stabil bei etwa 35 Prozent, während der Anteil der als französischsprachig registrierten ausländischen Bevölkerung deutlich zurückging.[29]

In dieser Zeit schritt die institutionelle Anerkennung der Französischsprachigen in Biel und im Kanton stetig voran. Bereits ab 1920 wurden die amtlichen Erlasse der Stadt zweisprachig erlassen, wenngleich der deutsche Text massgeblich war.[30] Im Jahr 1950 erkannte eine Teilrevision der Berner Kantonsverfassung das Französische in den französischsprachigen Amtsbezirken uneingeschränkt an und bezog sich auf das «jurassische Volk»: Die Sprachen wurden fortan Sprachräumen zugeordnet, wobei der Amtsbezirk Biel als einziger als zweisprachiges Gebiet anerkannt wurde.[31] Ende der 1970er-Jahre griff der Verfas-

sungszusatz, der zur Gründung des neuen Kantons Jura führen sollte, diese Unterscheidung wieder auf. Im Zusammenhang mit der Jurafrage erhielten die Anliegen der Welschbieler, die bis dahin eher sprachlicher Natur waren, jedoch eine neue Dimension. Tatsächlich war die französischsprachige Identität von zentraler Bedeutung für die Autonomiebewegung, die sich insbesondere über eine unzureichende Vertretung in den Führungsgremien des Kantons beklagte.[32] Welschbieler befürchteten hingegen, im Falle einer Trennung zu einer Minderheit zu werden, und riefen dazu auf, gegen die Gründung des Kantons Jura zu stimmen. Seitdem versuchten einige Separatisten, sich von der zweisprachigen Stadt abzugrenzen, die in ihren Augen ein Hindernis auf dem Weg zur Lösung des Konflikts darstellte. Obwohl die Bieler Behörden später eine «neutrale» Haltung gegenüber der Jurafrage einnahmen, blieb diese Unterscheidung auch nach der Erlangung der Souveränität des Kantons Jura im Jahr 1979 sowie im Zuge der Abstimmungen im Berner Jura über dessen kantonale Zugehörigkeit (2013 und 2017, 2021 für Moutier) bestehen. Während dieses gesamten Zeitraums blieben die Forderungen nach einer grösseren politischen Autonomie des Juras untrennbar mit einer territorialen Unterscheidung zwischen den zweisprachigen (Biel/Leubringen) und den französischsprachigen (Berner Jura) Regionen des Kantons verbunden. Sie stand zudem im Mittelpunkt der Ausarbeitung des Sonderstatuts, das im Rahmen der Verfassungsrevision von 1993 für den Berner Jura vorgesehen war und später im Zuge der Ausarbeitung des Sonderstatutsgesetzes (SStG) umgesetzt wurde.

In dieser Zeit war die Lage jedoch nicht gerade rosig für die Romands, die sich in Biel benachteiligt fühlten. Im Jahr 1986 verdeutlichte zunächst eine Studie des Soziologen Christoph Müller, gefolgt von einer Untersuchung der vom Gemeinderat beauftragten Arbeitsgruppe «Gelebte Zweisprachigkeit», die verschiedenen Hindernisse, mit denen die französischsprachige Bevölkerung konfrontiert war. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass die beiden Sprachgemeinschaften eher nebeneinander als miteinander lebten.[33] Insbesondere die Beherrschung der schweizerdeutschen Mundart schien unter den Welschen abzunehmen und stellte ein Hindernis im Alltag dar, das durch den Sprachunterricht in der Schule nicht ausgeglichen werden konnte. Trotz der gesetzlich verankerten Gleichbehandlung – bereits seit der Verfassungsreform von 1950 haben Texte auf Deutsch und Französisch im gesamten Kanton Bern denselben Stellenwert – wurden Ungleichgewichte innerhalb der städtischen Institutionen aufgezeigt.[34] Anfang der 1990er-Jahre waren 70 Prozent der Bieler Beamtinnen und Beamten deutschsprachig, und 75 Prozent der parlamentarischen Wortmeldungen erfolgten auf Deutsch. Auch auf dem Arbeitsmarkt wurden Schwierigkeiten festgestellt, was die Probleme unterstrich, mit denen Nichtdeutschsprachige bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz in der Region konfrontiert waren. Die Arbeitsgruppe «Gelebte Zweisprachigkeit» formulierte mehrere Ansätze, um die für eine ausgewogene Zweisprachigkeit nachteiligen Tendenzen zu korrigieren: zweisprachige Kindergärten, Dialektkurse für Erwachsene usw.[35] Diese wurden in den folgenden Jahrzehnten in vielfältiger Form umgesetzt. Zudem unterstützte die Stadt Biel 1996 die Gründung des Forums für die Zweisprachigkeit. Diese private Stiftung setzt sich für den gegenseitigen Respekt zwischen den Sprachgemeinschaften ein und zielt darauf ab, die Zweisprachigkeit zu stärken.[36] Das Gefühl einiger Französischsprachiger, vernachlässigt zu werden, verschwand jedoch nicht. Die vom Forum für die Zweisprachigkeit 1998, 2008 und 2016 durchgeführten Studien Barometer der Zweisprachigkeit zeigen eine positive Entwicklung der Wahrnehmung der Zweisprachigkeit in der Bevölkerung, bestätigen jedoch gleichzeitig eine anhaltende Diskrepanz, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.[37]

«Wenn eine Minderheit Forderungen stellt, dann deshalb, weil sie sich benachteiligt fühlt. Die Französischsprachigen in Biel beklagten sich regelmässig darüber, in ihrer Sprache und Kultur nicht verstanden zu werden – von der Verwaltung, in den Spitälern, im öffentlichen Nahverkehr, im Einzelhandel, in den Restaurants usw. Es bestand ein echtes Bedürfnis seitens der französischsprachigen Bevölkerung, als solche anerkannt zu werden.»

Pierrette Berger-Hirschi
Gründungsmitglied und RFB-Präsidentin (2014–2022)



Biel ohne Bienne? Die Sangliers haben dieses Flugblatt an der Stadtratssitzung vom 22. August 2013 verteilt. Nach ihnen hätte ein Wegfall des Berner Juras das Ende der Bieler Zweisprachigkeit bedeutet.
© Groupe Le Sanglier, Bieler Jahrbuch 2013

Die allfällige Abtrennung der bernjurassischen Amtsbezirke löste bei den Welschbielern Besorgnis aus, da sie befürchteten, im Kanton zahlenmässig noch stärker in die Minderheit zu geraten. Dies wurde mit einem Flugblatt der «Sanglier-Gruppe» veranschaulicht, das im Vorfeld der Abstimmung über die institutionelle Zukunft des Berner Juras im Jahr 2013 verteilt wurde.

Ein «Sonderstatus» für die Bieler Zweisprachigkeit

Die Zweisprachigkeit der Region Biel, die auf verschiedenen Ebenen Spannungen hervorrief, wurde im Rahmen der Ausarbeitung des kantonalen Gesetzes über das Sonderstatut des Berner Juras ab Ende der 1990er-Jahre zu einem regelrechten politischen Thema. Dies geht auf die Revision der Berner Kantonsverfassung von 1993 zurück, die in Artikel 5 vorsieht, dass dem Berner Jura eine besondere Stellung zuerkannt wird, die es ihm ermöglichen soll, «seine Identität zu bewahren, seine sprachliche und kulturelle Eigenart zu erhalten und an der kantonalen Politik aktiv teilzunehmen». In den vorangegangenen Jahrzehnten hatten der Kanton und der Bund versucht, die Jurafrage auf verschiedene Weise beizulegen.[38] Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung des Berner Juras den Wunsch geäussert hatte, im Kanton Bern zu verbleiben, festigte sich der Konflikt um eine Lösung durch territoriale Trennung, angeheizt durch den Aktivismus einer separatistischen Minderheit in der Region. Die Situation spitzte sich 1993 mit einem misslungenen Bombenanschlag auf das Berner Rathaus zu. Zur gleichen Zeit schlug eine vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Studie zum Thema «Die Romands im Kanton Bern» einen Perspektivenwechsel vor, der auf der politischen Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Identität der Region beruhte. Dem Autor, dem Genfer Dominique Haenni, zufolge war es zur Entschärfung der Spannungen angebracht, Massnahmen zu ergreifen, damit die französischsprachige Minderheit des Kantons mehr Verantwortung übernehmen, sich besser Gehör verschaffen und an der Kantonspolitik mitwirken könne.[39] Durch eine 1994 unterzeichnete Vereinbarung wurde die Interjurassische Versammlung (IJV) gegründet, um den interjurassischen Dialog zu fördern. Auf ausdrücklichen Wunsch der jurassischen Kantonsregierung blieb Biel jedoch – erneut aufgrund der territorialen Unterscheidung – von der IJV ausgeschlossen. Trotz Interventionen bei den kantonalen Behörden wurde Biel der Beobachterstatus verweigert.[40] Die Veröffentlichung des Regionalratsberichts aus dem Jahr 1998 über die «fortschreitende Autonomisierung» des Berner Juras war der Schritt, der die Bieler Behörden schliesslich dazu veranlasste, sich für die Anerkennung ihrer eigenen Besonderheit innerhalb des Kantons einzusetzen: die Zweisprachigkeit des Amtsbezirks Biel.

Im Dezember 2000 genehmigten die Gemeindebehörden von Biel und Leubringen die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die die besondere Stellung des Amtsbezirks Biel untersuchen sollte; diese wurde auf Initiative des Bieler Stadtpräsidenten Hans Stöckli (SP) ins Leben gerufen.[41] An diesem Forschungsprojekt waren mehrere französischsprachige Politikerinnen und Politiker aus der Region beteiligt, darunter Pierre-Yves Moeschler (Mitglied des Stiftungsrats des Forums für die Zweisprachigkeit) sowie die Bieler Gemeinderätin Ariane Bernasconi. Die Leitung hatte Rechtsprofessor Gilles Petitpierre inne, der damit beauftragt war, die Modalitäten der Untersuchung festzulegen. Pierrette Berger-Hirschi, die später Gründungsmitglied und anschliessend Präsidentin des RFB werden sollte, trat dem Projektteam als juristische Sekretärin bei. Dreissig Jahre danach erinnert sie sich an eine Zeit, die zugleich sehr intensiv und sehr erfreulich war. Die Arbeiten zur Ausarbeitung des Sonderstatutsgesetzes waren auf Kantonsebene nämlich bereits weit fortgeschritten: «Wir mussten uns beeilen! Wir mussten sehr darauf achten, nicht den Eindruck zu erwecken, die Arbeiten des Berner Juras an der von ihm angestrebten fortschreitenden Autonomisierung zu verzögern, und gleichzeitig eine Lösung für Biel und Leubringen zu finden, damit deren Zweisprachigkeit gestärkt und die Rechte der Französischsprachigen vom Kanton Bern anerkannt werden.»[42]

Im September 2001 legte die Arbeitsgruppe in einem Schlussbericht dar, aus welchen Gründen der zweisprachige Amtsbezirk Biel ihrer Ansicht nach in die Sonderstatutsgesetzgebung aufgenommen werden sollte.[43] Sie schlug eine originelle institutionelle Lösung vor, um die spezifischen Interessen der französischsprachigen Minderheit im zweisprachigen Gebiet zu vertreten, und regte die Schaffung zweier getrennter Räte an: einen für den Berner Jura und einen weiteren für den zweisprachigen Amtsbezirk. Dies war die erste Erwähnung dessen, was später der RFB, parallel zum BJR, werden sollte:

> «Parallel zur Schaffung neuer Organe im Berner Jura wird vorgeschlagen, einen «Rat des Amtsbezirks Biel» einzurichten, dem durch ein kantonales Gesetz ebenfalls Entscheidungsbefugnisse übertragen werden sollen, soweit es sich um Angelegenheiten handelt, für die der Berner Jura über solche Befugnisse verfügt und die auch den Amtsbezirk Biel betreffen.»[44]

Der neuartige Vorschlag des Schlussberichts rief gemischte Reaktionen hervor. Das von Biel und Leubringen befürwortete Zweirätesystem hob sich in der Tat deutlich von allen zuvor in Betracht gezogenen Lösungen ab. Die im Anschluss an die Vorschläge des Regionalrats eingeleiteten Arbeiten sahen die Schaffung einer neuen regionalen Institution im Berner Jura in Form eines «neuen Regionalrats» vor.[45] Wie der bisherige Regionalrat sollte auch dieser französischsprachige Vertreterinnen und Vertreter aus dem Amtsbezirk Biel umfassen. Alle konsultierten Behörden waren der Ansicht, dass diese Lösung am besten geeignet sei, um den Interessen der französischsprachigen Bevölkerung der Region Rechnung zu tragen. Erst im August 2000 wurde in einem Schreiben der Gemeinderäte von Biel und Leubringen die Idee zur Schaffung einer besonderen Institution für Biel angesprochen, die bald darauf im Schlussbericht untermauert wurde. Als Reaktion auf diese neue Entwicklung schlug der Gesetzgeber einen Kompromiss vor. Die Einbindung einer Delegation von sechs französischsprachigen Vertreterinnen und Vertretern aus Biel in den neuen Rat sollte als Übergangsmassnahme vorgesehen werden, bis spezifische Lösungen für den zweisprachigen Amtsbezirk ausgearbeitet sein würden. Die Behörden des Amtsbezirks lehnten diesen Vorschlag jedoch ab, da er die Bielerinnen und Bieler in der Minderheit belassen und die Besonderheit der Bieler Zweisprachigkeit nicht anerkannt hätte:

> «Der Amtsbezirk Biel ist nicht nur per Definition ein zweisprachiger Amtsbezirk (Art. 6 Abs. 2 Bst. b KV), sondern er ist ganz offensichtlich und in diesem Sinne im gesamten Kanton Bern einzigartig. Diese besondere Situation erfordert daher besondere Lösungen, die sich von jenen zugunsten des Berner Juras unterscheiden. Folglich handelt es sich nicht um ein «Sonderstatut für den Amtsbezirk Biel» (...), das mit dem «Sonderstatut des Berner Juras» vergleichbar wäre, sondern um einen spezifischen «Status des zweisprachigen Amtsbezirks Biel», der grundsätzlich beiden Sprachen Rechnung tragen muss.»[46]

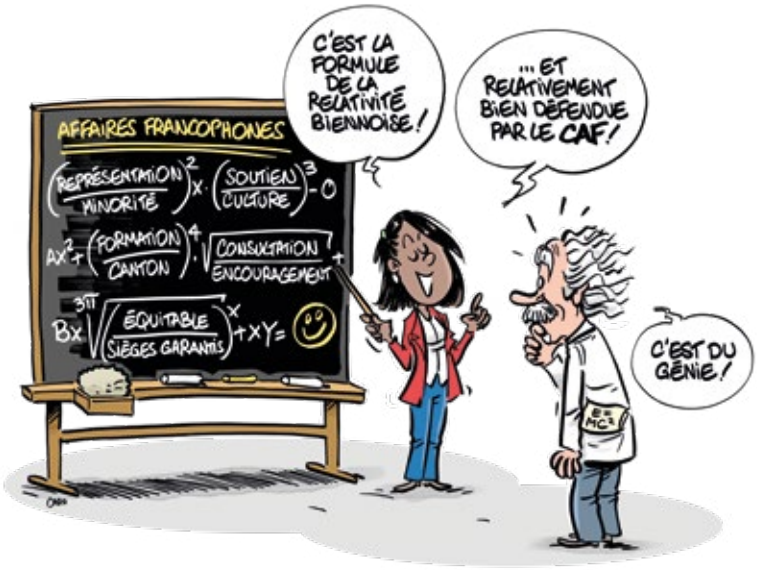
Durch die Betonung der Zweisprachigkeit liessen sich nach und nach die Konturen dessen abzeichnen, was eine Politik zur Stärkung eines zweisprachigen Gebiets für den Kanton bedeuten könnte. In dieser Hinsicht positionierten sich die Bieler Behörden als Experten, da sie tagtäglich mit dieser Problematik konfrontiert waren. Im Oktober 2002 fasste ein zweiter Bericht die Schlussfolgerungen der beiden Arbeitsgruppen («Gelebte Zweisprachigkeit», «Schulen und Kultur») sowie der Studie von Jean Racine (Forum für die Zweisprachigkeit) zur Bedeutung der Zweisprachigkeit für die Region zusammen.[47] Er hob die Massnahmen hervor, die zur Erhaltung, Stärkung und Weiterentwicklung der Zweisprachigkeit im Amtsbezirk Biel erforderlich waren. Diese Vorschläge betrafen sowohl die Verwaltung und den Service public (zweisprachige Beschilderung, Empfang in beiden Sprachen, Übersetzungsdienst) als auch das kulturelle Angebot, die Medien, das Gesundheitswesen, die Begegnungen zwischen den Sprachgemeinschaften und die Bildung. Besonderes Augenmerk wurde auf das «Erlernen der Partnersprache» und die parallele Aufrechterhaltung zweier Bildungssysteme – des deutschschweizerischen und des westschweizerischen – gelegt, zusätzlich zu den zweisprachigen Bildungsgängen, die sich zu dieser Zeit in Biel mit Unterstützung des Kantons zu entwickeln begannen.[48] Über die Empfehlungen hinaus hob dieser zweite Bericht die für die Umsetzung solcher Massnahmen erforderlichen Gesetzesreformen sowie den damit verbundenen erheblichen finanziellen Aufwand hervor. Diese Überlegungen sollten sich in der Folge für die Aktivitäten des RFB als wichtig erweisen.[49]

Zunächst zögerten die kantonalen Behörden, diesen Forderungen Rechnung zu tragen, liessen sich jedoch nach und nach überzeugen – unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die beiden durch das neue Sonderstatutsgesetz geschaffenen Organe alle Angelegenheiten, die sowohl den Berner Jura als auch den Amtsbezirk Biel betreffen, gemeinsam behandeln. «Anfangs war ich dagegen», erinnert sich Gérard Caussignac, damals Jurist in der Staatskanzlei und Hauptverfasser des Sonderstatutsgesetzes. «Ich dachte mir: Die sollen doch selbst schauen, wo sie bleiben! Mit den Bielern war es immer etwas speziell. Aber letztendlich war es eine interessante und sehr befriedigende Arbeit.»[50] Während der Verhandlungen achteten die Gemeinderäte von Biel und Leubringen darauf, dem Kanton und dem Bernjurassischen Rat alle möglichen Garantien hinsichtlich ihrer Absichten zu geben. Die Gemeinderäte von Biel und Leubringen forderten somit weder einen Sonderstatus für den Amtsbezirk noch die Gewährung grösserer Autonomie, beispielsweise durch die Einführung eines regionalen Initiativrechts. Sie wünschten sich jedoch, dass der Kanton spezifische Massnahmen zugunsten seines einzigen zweisprachigen Amtsbezirks ergreife.[51]

Gemäss der Argumentation des Schlussberichts ermöglichte das Zweirätemodell zweierlei: Erstens würde der Berner Jura seine sprachliche und kulturelle Identität bewahren, und seine politische Autonomie wäre gewährleistet. Die Interessen des französischsprachigen Gebiets würden durch den Regionalrat des Berner Juras vertreten. Zweitens würde der «Rat des Amtsbezirks Biel» (künftiger RFB) dem Amtsbezirk die Möglichkeit geben, sich zu Massnahmen zu äussern, die darauf abzielen, die spezifische Zweisprachigkeit auf Bieler Gebiet «zu bewahren, weiterzuentwickeln und zu stärken». Tatsächlich betrafen die Angelegenheiten des Amtsbezirks Biel sowohl die Deutschbieler als auch die Welschbieler, was es nach Ansicht der Gemeindebehörden unmöglich machte, «die Vertretung dieser Interessen ausschliesslich französischsprachigen Personen anzuvertrauen», wie es im Modell des «neuen Regionalrats» vorgesehen war. Diese Vorgehensweise würde «dem Grundgedanken des zweisprachigen Amtsbezirks», auf den die Kantonsbehörden besonders stolz waren, zuwiderlaufen.[52] Vor diesem Hintergrund wurde das Modell mit zwei Räten als Ausweg aus den bisherigen Problemen im Zusammenhang mit der Vertretung der französischsprachigen Minderheit dargestellt. Ohne dass eine Verfassungsänderung oder die Gewährung grösserer Autonomie für den Amtsbezirk Biel erforderlich wäre, würde das empfohlene Modell sowohl den Interessen des Berner Juras als auch der Wahrung der für den Kanton charakteristischen Zweisprachigkeit Rechnung tragen. Vor diesem Hintergrund hoben die regionalen Behörden die Neutralität des Amtsbezirks Biel in Bezug auf die Jurafrage hervor und positionierten sich als «Brückenraum», als Vermittler, der es ermöglicht, die Beziehungen des Kantons zum Berner Jura zu verbessern, aber auch eine Verbindung zur deutschsprachigen Region Seeland südlich von Biel herzustellen.

«Eine Fülle von Vorstellungen und Ideen wurden entwickelt, um schliesslich zum Sonderstatutsgesetz zu gelangen. […] Die Lösung war im Grunde genommen ein unbefriedigender Kompromiss. Aber es funktioniert, und das ist eine immense Befriedigung. Man wird wiederum etwas Neues erfinden müssen, etwas, das noch nicht sichtbar ist.»

Gilles Petitpierre
Präsident der Arbeitsgruppe «Status des zweisprachigen Amtsbezirks Biel»



2003 bestätigte ein ergänzendes Gutachten[55] die Machbarkeit des von Biel und Leubringen vorgeschlagenen Zweirätemodells und hob dabei die Zusammenarbeit zwischen den beiden Räten hervor.[56] Die Regelung wurde schliesslich im Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (SStG) verankert, das 2004 nach den Beratungen im Grossen Rat verabschiedet wurde. Die Reaktionen waren jedoch gemischt. Einige bezweifelten die Tragweite der Regelung und kritisierten deren Kosten angesichts der begrenzten Befugnisse, die dem RFB und dem BJR eingeräumt wurden, während andere das Gesetz als übermässig detailliert beurteilten. Maxime Zuber, der separatistische Stadtpräsident von Moutier, ging sogar so weit, von einer «leeren Hülle» und einer Art institutionellem «Kaffeekränzchen für Kinder» zu sprechen.[57] Auch wenn die Verabschiedung des SStG somit den rechtlichen Rahmen für die neuen Institutionen festlegte, musste deren Wirksamkeit noch weitgehend ausgearbeitet werden. Es war Aufgabe der Mitglieder, ihnen Substanz zu verleihen.



Gilles Petitpierre (Präsident der Projektorganisation), der Bieler Stadtpräsident Hans Stöckli und Regierungsrat Mario Annoni (v.l.n.r.) zeigen sich erfreut über die Sonderstatutsvorlage. Foto: Kähler, L'impartial, 2. April 2004.

Ein neuer Rat für französischsprachige Angelegenheiten in Biel (RFB)

Am 14. Juni 2006 wurde der Rat für französischsprachige Angelegenheiten im Rahmen einer Gründungssitzung im Neuen Museum Biel (NMB) offiziell ins Leben gerufen. Zu den Mitgliedern der ersten Legislaturperiode des RFB zählten mehrere Persönlichkeiten, die an den Gründungsarbeiten des RFB mitgewirkt hatten, darunter Pierrette Berger-Hirschi, Ariane Bernasconi, Hans Stöckli und Pierre-Yves Moeschler – allesamt seit langem engagierte Verfechterinnen und Verfechter frankophoner Belange in der Region. In den ersten Monaten seit der Gründung des RFB musste für die Mitglieder dieses neuen Rats unter dem Vorsitz von Béatrice Sermet-Nicolet «alles erst noch erfunden werden».[53] Zunächst galt es, Räumlichkeiten zu finden, eine Geschäftsordnung festzulegen, die einen reibungslosen Ablauf der Geschäfte gewährleistet, sowie ein Generalsekretariat einzurichten. Die Begeisterung für diesen Neuanfang war laut Béatrice Sermet-Nicolet spürbar: «Jede und jeder begab sich auf ein Abenteuer und entdeckte im Laufe der Wochen die Freuden und Schwierigkeiten, die mit einem solchen Vorhaben verbunden sind.»[54]



14. Juni 2006: Gründung und konstituierende Sitzung des RFB.
Foto: Olivier Gresset, Bieler Jahrbuch 2006

TEIL 3

2006–2026: Rückblick auf die ersten fünf Legislaturperioden

Aufbau der Strukturen und Einbindung in das institutionelle Umfeld (2006–2010)

Zweisprachigkeit in der Kultur und angesichts des möglichen Wegfalls des Berner Juras (2010–2014)

Lehrstellen und Umbau des Theaters Palace (2014–2018)

Neuer Wirkungskreis und Autobahnbeschilderung (2018–2022)

Stabübergabe, Sitzgarantie und Sensibilisierung der Jugend (2022–2026)

Was sind die Perspektiven 2026–2030?

2006–2026: Rückblick auf die ersten fünf Legislaturperioden

Seit seiner Gründung hat sich der RFB nach und nach in der kantonalen Politiklandschaft als Ansprechpartner für alle Fragen rund um französischsprachige Angelegenheiten und die Zweisprachigkeit etabliert. Seine Aktivitäten konnten sich dank des unermüdlichen Einsatzes engagierter Personen sowie durch den Aufbau dauerhafter Beziehungen zu verschiedenen institutionellen Partnern und bestimmten Organisationen weiterentwickeln: An erster Stelle stehen dabei der BJR, das Forum für die Zweisprachigkeit, die Stadt Biel sowie die Ämter der kantonalen Bildungs- und Kulturdirektion. An dieser Stelle blicken wir auf die wichtigsten Aktivitäten des RFB im Laufe der bisherigen fünf Legislaturperioden zurück.



Der RFB bezog zusammen mit dem Forum für die Zweisprachigkeit seinen Sitz an der Seevorstadt 45 in Biel, in der sogenannten Villa Huguenin, die in das Haus der Zweisprachigkeit umbenannt wurde. Das im 19. Jahrhundert erbaute herrschaftliche Gebäude bewahrt in seinen Mauern die Geschichte der lokalen Zweisprachigkeit, da es einst einem deutsch-französischen Uhrenhersteller gehörte, bevor es zum Sitz der zweisprachigen Verwaltungsschule wurde. Die gemeinsame Unterbringung des RFB und des Forums hatte den Vorteil, dass diese beiden Einrichtungen mit sich ergänzenden Aufgaben näher zusammengebracht wurden.

Sitz des RFB an der Seevorstadt 45 in Biel.

Aufbau der Strukturen und Einbindung in das institutionelle Umfeld (2006–2010)

Im ersten Jahr seines Bestehens widmete sich der RFB vorrangig der Gründung und dem Aufbau seiner Organe (Büro, Kommissionen, Generalsekretariat). Bei diesen Aufgaben wurde er von der Staatskanzlei unterstützt, bis der erste Generalsekretär, Marc Roethlisberger, im Januar 2007 sein Amt antrat. In den ersten Monaten pflegte der RFB zudem sein öffentliches Image, indem er ein Logo entwarf, seine Website aufbaute und mit den Medien kommunizierte.

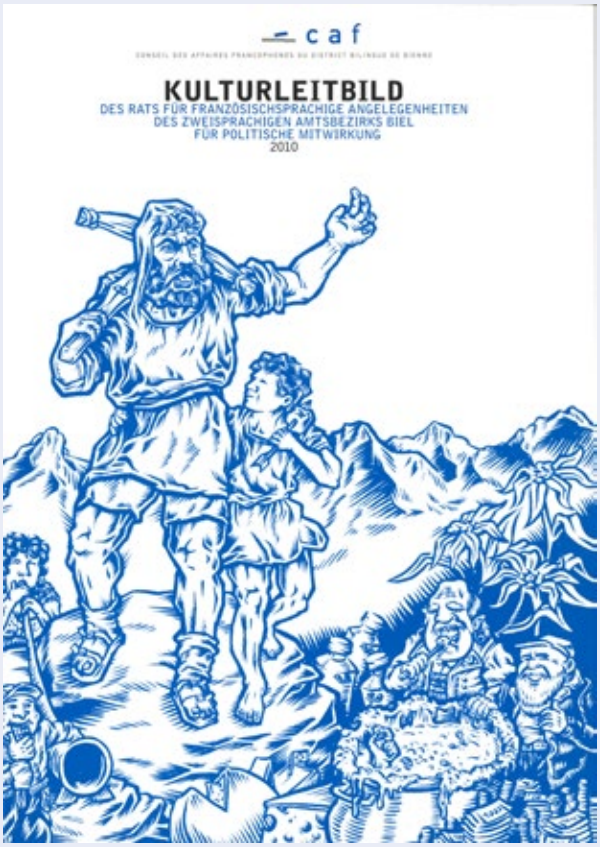
Sobald seine Strukturen etabliert waren, musste der RFB die ihm durch das SStG übertragenen Befugnisse konkretisieren. Seine ersten Massnahmen betrafen die Ernennung von hohen Kadern in der Kantonsverwaltung, insbesondere innerhalb der damaligen Erziehungsdirektion.[58] Er wurde zudem zu Änderungen kantonaler Gesetze konsultiert, darunter die Reform der Wahlkreise für die Grossratswahlen.[59] Die Haltung des RFB zielte dabei auf eine bessere Vertretung der französischsprachigen Bevölkerung ab. Dabei stiess er mitunter an die Grenzen seines Zuständigkeitsbereichs. Dies zeigte sich beispielsweise im Jahr 2008 im Zusammenhang mit der Ernennung eines neuen französischsprachigen Vorstehers des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR). Das Amt war kürzlich nach Nidau, einer deutschsprachigen Nachbargemeinde von Biel, umgezogen und befand sich somit ausserhalb des Anwendungsbereichs des SStG. Dennoch waren der BJR und der RFB der Auffassung, dass sie grundsätzlich das Recht hätten, sich zur Ernennung von Führungskräften des AGR zu äussern, deren Tätigkeiten konkrete Auswirkungen auf die französischsprachige Bevölkerung haben.[60] Die gleiche Grenze trat zutage, als auch das Regierungsstatthalteramt nach Nidau umzog. Die Wahl eines französischsprachigen Regierungsstatthalters wurde somit aufgrund des Wegfalls des sprachlichen Gleichgewichts weniger wahrscheinlich. Der RFB forderte daher die Einsetzung einer französischsprachigen Stellvertreterin oder eines französischsprachigen Stellvertreters für den Fall, dass eine deutschsprachige Person zur Regierungsstatthalterin oder zum Regierungsstatthalter gewählt wird. Der französischsprachige stellvertretende Regierungsstatthalter konnte sein Amt schliesslich 2011 antreten.[61]

Von Beginn an hatten sich Kultur und Bildung über die entsprechenden Ausschüsse (den späteren Kommissionen) als zwei wichtige Handlungsfelder für den RFB herauskristallisiert. Die Arbeit der Kulturkommission begann mit der Ausarbeitung von Leitlinien für die Ausübung der politischen Mitwirkung im Kul-

turbereich,[62] die als notwendig erachtet wurde, um «die frankophone Identität des Amtsbezirks Biel zu stärken».[63] Zur Erinnerung: Im Gegensatz zum BJR übt der RFB in diesem Bereich lediglich eine beratende Funktion aus. Er gibt Vorabstellungnahmen zu kulturellen Beitragsgesuchen ab und seit 2008 auch zu Gesuchen um Beiträge aus dem Lotteriefonds.[64] Diese Situation bringt den RFB laut Béatrice Sermet-Nicolet mitunter in eine etwas widersprüchliche Lage, da es darum geht, die Kultur zu fördern, ohne sie jedoch direkt unterstützen zu können.[65]

Im Bildungsbereich wurde die Delegation für die Schulkoordination mit der Westschweiz und dem Kanton Jura (DECOO) im Rahmen der Umstrukturierung der kantonalen Bildungsangebote (HEP-BEJUNE, Berufsbildungszentrum des Berner Juras, HE-Arc) von Anfang an einbezogen. Ziel des RFB war es, ein vielfältiges Ausbildungsangebot auf dem Gebiet des Amtsbezirks oder in dessen Nähe aufrechtzuerhalten. Zudem begann er über den Bieler Verein aJir («Aider les Jeunes à s'Impliquer pour se Réaliser»),[66] junge Menschen zu unterstützen, die Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Einige dieser Angelegenheiten werden in enger Zusammenarbeit mit dem BJR bearbeitet. Im Sinne der durch das SStG eingeführten Zweisprachigkeit waren diese beiden Gremien fortan die bevorzugten Ansprechpartner der damaligen Erziehungsdirektion (heutige Bildungs- und Kulturdirektion).[67] Wann immer möglich, traten beide Gremien mit einer Stimme auf, beispielsweise 2009 bei der kantonalen Abstimmung über den Beitritt des Kantons Bern zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule (HarmoS-Konkordat). Ohne die entschiedene Unterstützung der französischsprachigen Bevölkerung wäre der Beitritt zu diesem Konkordat von der Berner Bevölkerung abgelehnt worden.[68]

In den ersten vier Jahren etablierte sich der RFB nach und nach in der institutionellen Landschaft des Kantons. Er fand seinen Platz in seinen Zuständigkeitsbereichen und festigte seine Strukturen und Arbeitsabläufe, insbesondere mit dem Amtsantritt des neuen Generalsekretärs David Gaffino im Jahr 2009. Die in der Gründungsphase des Rats geweckten Hoffnungen fanden in verschiedenen Bereichen konkrete Umsetzung – mit einigen Erfolgen, wie beispielsweise der Einführung der Simultanverdolmetschung an den Gerichten der Gerichtsregion Berner Jura-Seeland, aber auch mit Rückschlägen, insbesondere im Zusammenhang mit der Jugendgerichtsreform.[69] Entgegen der Empfehlung des RFB und des BJR entschieden sich die kantonalen Behörden für das sogenannte System des Jugendstaatsanwalts, das in der Deutschschweiz bevorzugt wird, während die beiden Räte dem sogenannten Jugendrichtermodell den Vorzug gaben, das in der Westschweiz vorherrscht.



«Kulturleitbild des RFB» (2010)

Die Überarbeitung des Kulturleitbilds ergab sich aus dem Bedarf an Klarheit hinsichtlich der Kulturbeiträge zwischen dem RFB und seinen Partnern, wie dem Amt für Kultur des Kantons Bern, dem BJR, der Dienststelle für Kultur der Stadt Biel und der für den Lotteriefonds zuständigen kantonalen Stelle. Der RFB plädierte dafür, in die Kulturpolitik des Kantons echte «Kriterien zur Förderung der Zweisprachigkeit» aufzunehmen, um die Gewährung kantonaler Fördermittel für Projekte zu fördern, die für die französischsprachige Minderheit von besonderer Bedeutung sind, die Verbindungen zwischen Französischsprachigen und Deutschsprachigen zu stärken und die kulturelle Ausstrahlung des zweisprachigen Amtsbezirks zu fördern.

Der RFB forderte zudem eine verstärkte Unterstützung überregionaler Projekte in Zusammenarbeit mit dem BJR und anderen Institutionen. Das Kulturleitbild enthielt zudem eine Auflistung der für den RFB vorrangigen Kulturbereiche, wie beispielsweise die «Spectacles français» (heute Nebia), das «Festival du film français d'Helvétie» oder die Übersetzung von Büchern.

Zweisprachigkeit in der Kultur und angesichts des möglichen Wegfalls des Berner Juras (2010–2014)[70]

Zu Beginn der 2010er-Jahre intensivierten sich die Aktivitäten des RFB, und die Zahl der Vernehmlassungen und Konsultationen stieg. So begleitete der RFB das Inkrafttreten des neuen Gesetzes, das den Grundsatz der Zweisprachigkeit in der Spitalversorgung verankerte.[71] Unter dem neuen Vorsitz von Philippe Garbani (ehemaliger Regierungsstatthalter und Mitglied der Arbeitsgruppe, aus der der RFB hervorgegangen war) strebte der Rat zudem eine Erweiterung seiner Befugnisse an, insbesondere im Bereich Kultur. Gemeinsam mit dem BJR erreichte er eine stärkere Förderung der frankophonen Kultur sowie eine Klärung der Rollenverteilung im Rahmen der Revision des kantonalen Kulturförderungsgesetzes (KKFG).[72] Parallel dazu veröffentlichte der RFB im November 2010 ein neues Kulturleitbild als Ergebnis von Arbeiten, die 2009 eingeleitet worden waren.[73] Als Roadmap des RFB in diesem Bereich zielte dieses darauf ab, echte «Kriterien zur Förderung der Zweisprachigkeit» in die Politik der Vergabe kultureller Fördermittel des Kantons einzuführen.

Die zweite Legislaturperiode war stark von der Debatte rund um die Jurafrage geprägt, die durch die Veröffentlichung des IJV-Schlussberichts vom 4. Mai 2009 ausgelöst wurde. Die Interjurassische Versammlung, die eingesetzt worden war, um mit einem «interjurassischen Dialog» eine Lösung für den separatistischen Konflikt zu finden, untersuchte in ihrem Bericht zwei Ansätze für den Berner Jura: einen neuen, aus sechs Amtsbezirken bestehenden Kanton oder den Verbleib im Kanton Bern, jedoch mit Verbesserungen in Form eines «Status quo plus».[74] Die IJV schlug eine demokratische Lösung mittels einer Volksabstimmung vor, die schliesslich am 24. November 2013 stattfinden sollte.[75]

Zum ersten Mal war der RFB über die Bieler Juradelegation (DBAJ), die 2009 von Mitgliedern des RFB sowie Vertreterinnen und Vertretern der Gemeindebehörden von Biel und Leubringen ins Leben gerufen worden war, direkt in die Verhandlungen über die institutionelle Zukunft des Berner Juras eingebunden. Zur Erinnerung: Der Amtsbezirk Biel war aufgrund der unterschiedlichen Interessen zwischen dem französischsprachigen Berner Jura und der zweisprachigen Region vom interjurassischen Dialog, der von der IJV initiiert worden war, ausgeschlossen worden (vgl. Teil I). Die Bieler Behörden bestanden jedoch darauf, dass eine ergänzende Studie zur Zukunft der zweisprachigen Region Biel/Bienne durchgeführt werde. Der RFB und die Behörden des Amtsbezirks reagierten zudem auf die Absicht der IJV, «interaktive Informationsveranstaltungen» zu organisieren, ohne Biel einzubeziehen. Nach einer Medienkonferenz im Jahr 2009 und wiederholten Forderungen wurde schliesslich eine interaktive Sitzung für die Mitglieder des RFB und der kommunalen Legislativen organisiert.[76] Ebenso wurde die vom Regierungsrat beim CEAT-Institut der ETHL in Auftrag gegebene Studie schliesslich im Jahr 2011 veröffentlicht. [77] Die Ergebnisse der Untersuchung zeigten, dass die kantonale Politik gegenüber der französischsprachigen Minderheit zwar bislang dem zweisprachigen Amtsbezirk zugutegekommen sei; bei einem Wegzug von rund 50 000 Bernjurassierinnen und Bernjurassiern in den Kanton Jura sei indessen nicht garantiert, dass diese Vorteile auf die französischsprachige Minderheit in Biel



Medienkonferenz vom 4. Mai 2009: Gemeinsame Reaktion der Stadt Biel, der Gemeinde Leubringen und des RFB auf die Veröffentlichung des Schlussberichts der IJV. (v.l.n.r.) RFB-Generalsekretär David Gaffino, RFB-Präsidentin Béatrice Sermet-Nicolet, Bieler Stadtpräsident Hans Stöckli und Bieler Vizestadtschreiber Pio Pagani. Foto: Stéphane Gerber, Bieler Tagblatt

und Leubringen (rund 20 000 Personen) übertragen würden. Es wurden mehrere Ansätze vorgeschlagen, um die kantonale Zweisprachigkeit durch die Unterstützung der Französischsprachigen im Amtsbezirk aufrechtzuerhalten.[78]

Diese Episode trug dazu bei, die Beziehungen des RFB zu den lokalen Behörden erheblich zu stärken. Er wurde zu einem Akteur der von den Behörden von Biel und Leubringen befürworteten «aktiven Neutralität». Unter Berufung auf die Wahrung des im SStG vorgesehenen Gleichgewichts positionierte sich der Rat zudem erfolgreich als beratender Partner und erreichte damit, in die Ausarbeitung des «Status quo plus» einbezogen zu werden.[79] Dieses Szenario, das im November 2013 durch die Volksabstimmung bestätigt wurde, die den Verbleib des Berner Juras im Kanton Bern ergab, eröffnete ihm neue Perspektiven, wie sie in der CEAT-Studie beschrieben worden waren, beispielsweise die mögliche Ausweitung seines Wirkungskreises.

Das Ende der Legislaturperiode bedeutete für den RFB jedoch eine besonders schwierige Phase. Er wurde in seinem Elan durch die Ankündigung des kantonalen Sparpakets ASP 2014[80], das eine umfassende Umgestaltung der Ausbildung auf Sekundarstufe II in Biel zum Ziel hatte, jäh gebremst. Trotz wiederholter Interventionen bei den zuständigen Behörden liessen sich die Schliessung des Gymnasiums Alpenstrasse, die Fusion der Wirtschaftsmittelschule mit den Gymnasien am Strandboden sowie die Schliessung der Bieler Klassen für die integrierte Berufslehre nicht verhindern. Für den RFB war dies laut seinem damaligen Generalsekretär David Gaffino ein «echtes Trauma».[81] Diese Situation belastete über mehrere Monate hinweg die Beziehungen des RFB zum BJR, da die Klassen im Berner Jura hingegen beibehalten wurden.

Lehrstellen und Umbau des Theaters Palace (2014–2018)

Nach einem eher schwierigen Jahresende 2014 blickte der RFB optimistisch auf seine dritte Legislaturperiode, die durch den Abschluss mehrerer wegweisender Projekte in den Bereichen Bildung und Kultur geprägt war.

Seit 2015 hatte sich der RFB über seinen Bildungsausschuss (ehemalige Delegation für die Schulkoordination) die Förderung der Lehrlingsausbildung zum Hauptziel gesetzt. Bereits 2013 wirkte er an der Veröffentlichung eines «Überblicks über die Berufsausbildung im französischsprachigen Kantonsteil»[82] mit, der erstmals eine Bestandsaufnahme der französischsprachigen Ausbildungsangebote im Raum Biel vornahm und den eklatanten Mangel an Lehrstellen in bestimmten Branchen dokumentierte – ein Problem, auf das bereits seit Ende der 1980er-Jahre in verschiedenen Studien hingewiesen worden war. So wurden von den 1700 zum Schuljahresbeginn 2015 angebotenen Ausbildungsplätzen 29 Prozent von französischsprachigen Jugendlichen besetzt – in einer Stadt, in der 40 Prozent der Bevölkerung Französisch als ihre Korrespondenzsprache angaben.[83] Ausgehend von dieser alarmierenden Feststellung riefen der RFB und das Forum für die Zweisprachigkeit ein umfangreiches Netzwerk von Partnerschaften ins Leben, an dem insbesondere der Detailhandel beteiligt war – ein Bereich, in dem französischsprachige Lernende so gut wie nicht vertreten waren. Ebenso zeigten konkrete Massnahmen zur Begleitung junger Menschen («Quidux»[84]) ermutigende Ergebnisse. Nach einigen Jahren der Bemühungen stieg der Anteil französischsprachiger Lernender im Jahr 2017 auf 31 Prozent. Auch die Stadt Biel beteiligte sich an diesen Bemühungen: In ihrer für 2017 verabschiedeten Strategie strebte sie für die Bieler Stadtverwaltung einen französischsprachigen Personalanteil von 40 Prozent an.[85]



Medienkonferenz vom 3. Dezember 2019 der Arbeitsgruppe «Stärkung der Lehrstellen in Biel»

Im Kulturbereich wurden mehrere wichtige Fortschritte erzielt, angefangen mit der Ausübung eines entscheidenden Vorabentscheidungsrechts bei Kulturfördermitteln ab dem Jahr 2015, das im Rahmen der Umstrukturierung des Amts für Kultur durchgesetzt wurde und es dem RFB ermöglichte, neue Garantien zu erhalten und seinen Einfluss bei Entscheidungen über alle kulturspezifischen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Frankophonie und der Zweisprachigkeit zu stärken, die fortan von Französischsprachigen bearbeitet wurden.[86] Diese Massnahmen waren in einem Kontext zu begrüssen, in dem der RFB die Vergabe immer höherer Fördermittel für die Kultur unterstützte. Die Summe der vom RFB vorab bewilligten Beträge hat sich zwischen 2012 und 2015 tatsächlich mehr als verdoppelt (536 231 bzw. 1 321 508 Franken). Gleiches gilt für die gemeinsamen Förderanträge, die zwischen dem RFB und dem BJR aufgeteilt wurden und gross angelegte Projekte wie die «Schubertiaden» unterstützen.[87]
Die Sanierung des Theaters Palace in Biel, ein seit langem bestehendes Anliegen der Welschbieler Gemeinschaft, wurde bereits 2013 vom RFB und seinen Partnern aus Kultur und Stadtverwaltung in Angriff genommen.[88] Der Rat war sehr aktiv, insbesondere bei der Suche nach Finanzierungslösungen für das Bauvorhaben, das von der Bevölkerung in einer kommunalen Abstimmung (mit 62 % der Stimmen) befürwortet wurde – dies war das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit seitens des Gemeinderats, des RFB und der «Spectacles français» (heute Nebia).[89] Das Projekt knüpfte an Überlegungen an, die bereits 2006 zur Stärkung der frankophonen darstellenden Künste in der Region angestossen wurden und die auch die Unterstützung des Netzwerks ARS (Vernetzung der Bühnenkünste im Kanton Jura, im Berner Jura und in Biel, künftiges «fOrum culture») umfassten.[90] Das neue Theater wurde 2018 offiziell eingeweiht.[91]

Im Jahr 2016 bot das zehnjährige Bestehen des RFB die Gelegenheit, Bilanz zu ziehen, dies angesichts der neuen Herausforderungen, die sich aus der künftigen Erweiterung seines Wirkungskreises ergeben würden.[92]



Einweihung des Nebia am 6. Dezember 2018. (v.l.n.r.): Marynelle Debétaz, David Gaffino, Cédric Némitz und Barbara Schwickert.
Foto: Meyer & Kangangi

Neuer Wirkungskreis und Autobahnbeschilderung (2018–2022)

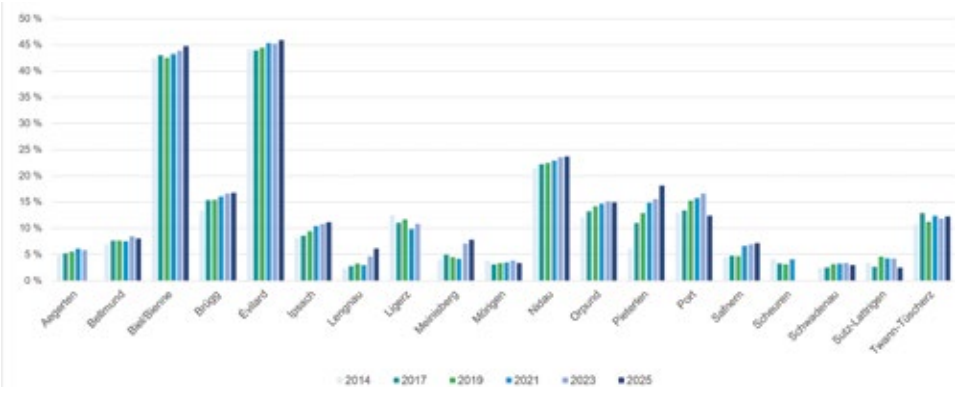
2018 begann der RFB seine vierte Legislaturperiode in erweiterter Form, da sein Wirkungskreis auf den neuen Verwaltungskreis Biel/Bienne ausgedehnt wurde. Der RFB vertritt seitdem auch die Interessen der französischsprachigen Bevölkerung in den 17 deutschsprachigen Gemeinden des zweisprachigen Verwaltungskreises. Diese Erweiterung stellte einen bedeutenden Wendepunkt für den Rat dar, der zudem seine Struktur reformierte. Das Plenum wurde von 15 auf 18 Mitglieder erweitert, zu denen neu auch Vertreterinnen und Vertreter der umliegenden deutschsprachigen Gemeinden gehören. Die Vorbereitung dieses Wandels beschäftigte die Mitglieder des RFB über viele Monate hinweg, in denen den Gemeinden die Zuständigkeiten des Rats vorgestellt wurden. Pierrette Berger-Hirschi, die damalige Präsidentin des RFB (gewählt im Jahr 2014), erinnert sich an die heiklen Verhandlungen:

> «Wir mussten die deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises von unserer Aufrichtigkeit überzeugen. Wir haben in allen Gemeinden Informationsveranstaltungen abgehalten, um sie darüber zu informieren, was wir anstrebten, nämlich eine bessere Berücksichtigung der Zweisprachigkeit in der Region zu ermöglichen und den französischsprachigen Einwohnern im übrigen Verwaltungskreis eine Stimme zu geben. Andererseits mussten wir ihnen erklären, dass wir nicht beabsichtigten, sie zur Zweisprachigkeit zu zwingen. Diese Unterscheidung musste klar verstanden werden, und sie wurde von fast allen Gemeinden akzeptiert. Schliesslich konnte der RFB sein Fachwissen gerade bei konkreten Problemen im Zusammenhang mit Anliegen der in diesen Gemeinden lebenden Französischsprachigen einbringen.»[93]

Um «den 30 000 Französischsprachigen des Verwaltungskreises eine Stimme zu geben»,[94] war der RFB zudem bestrebt, die Bedürfnisse der neuen Gemeinden, in denen der Anteil der französischsprachigen Bevölkerung zwischen 4 und 45 Prozent[95] lag, besser zu erfassen. Zu diesem Zweck wurde eine neue Ad-hoc-Kommission gebildet. Anhand der erhobenen Daten liessen sich erste Statistiken zu den Einwohnerinnen und Einwohnern erstellen, die im Verwaltungskreis eine Kommunikation mit der Kantonsverwaltung auf Französisch wünschten.[96] Diese Bemühungen wurden mit der Veröffentlichung einer vom RFB beim Forum für die Zweisprachigkeit in Auftrag gegebenen Studie im Jahr 2025 fortgesetzt.[97]

Diese Übergangsphase ging zudem mit Veränderungen im Generalsekretariat einher, da David Gaffino nach fast einem Jahrzehnt beim RFB zum neuen Vizestaatsschreiber des Kantons Bern ernannt wurde. Seine Nachfolge trat die Freiburgerin Stéphanie Baillat an.[98]

In dieser vierten Legislaturperiode leitete der RFB neue Projekte ein, wobei er insbesondere darauf abzielte, die Zweisprachigkeit im Einzelhandel durch die Ausarbeitung einer Charta[99] zu verbessern und über seine Kommission Bildung, Gesundheit und Soziales (CoForS) seine Aktivitäten im Gesundheits- und Sozialwesen zu erweitern. Darüber hinaus setzte sich der RFB intensiv mit dem Problem der Beschilderung auf der A5-Umfahrung in Biel auseinander – eine für den RFB äusserst symbolträchtige Kampagne, die dazu beitrug, die zweisprachige Identität des Verwaltungskreises bis in die höchsten politischen Kreise anerkennen zu lassen.[100]



Seit der Auflösung der Interjurassischen Stiftung für Statistik (FISTAT) Ende 2016 arbeiten der RFB und der BJR gemeinsam mit dem Kanton Bern an der Veröffentlichung regionaler Statistiken. Die erhobenen Daten sollen u. a. den Anteil der französischsprachigen Bevölkerung in den Gemeinden des Verwaltungskreises aufzeigen, der in mehreren von ihnen seit Beginn der Erhebungen gestiegen ist.

Die Aktivitäten des RFB, die sich mittlerweile in den Bereichen Kultur, Gesundheit und Bildung fest etabliert hatten, wurden durch die Covid-19-Pandemie völlig durcheinandergebracht. Der Rat beteiligte sich an Massnahmen zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, die durch die Krise in ihrer Arbeit beeinträchtigt waren.[101] Er wurde zudem auf Bitte lokaler Akteurinnen und Akteure tätig, um zu erreichen, dass Dokumente im Zusammenhang mit der Bewältigung der Pandemie übersetzt werden.[102]

Auf kantonaler Ebene begleiteten die DBAJ und der RFB die Revision des SStG, mit der (die ab 2021 geltende) Erweiterung des Wirkungskreises auf den Verwaltungskreis gesetzlich verankert werden sollte.[103] Im Zuge der Weiterentwicklung der besonderen Stellung der kantonalen Zweisprachigkeit begrüsste der RFB zudem 2018 die Veröffentlichung des Zweisprachigkeitsberichts der Expertenkommission, die unter der Leitung von Hans Stöckli stand.[104] Während der gesamten Legislaturperiode trug er aktiv zur Umsetzung der 46 im Bericht ausgesprochenen Empfehlungen[105] bei, beispielsweise durch die Überwachung der Umsetzung der Zweisprachigkeit in den Stellenausschreibungen der Kantonsverwaltung[106] oder durch die Begleitung der Einführung eines «Kantonalen Preises für Zweisprachigkeit in der Kultur» [107], der 2023 erstmals verliehen wurde.[108]

Zweisprachigkeit auf der A5

Bei der Einweihung des Autobahnabschnitts im Oktober 2017 kam es zu einer bösen Überraschung: Alle Schilder waren ausschliesslich auf Deutsch angebracht worden! Es bedurfte langjähriger zäher Verhandlungen mit den Bundesbehörden, um schliesslich die Anbringung zweisprachiger Schilder zu erreichen. Trotz eines sehr starken politischen und medialen Engagements beharrten die Behörden nämlich auf ihrem Standpunkt. Gemeinsam mit dem Forum für die Zweisprachigkeit und der Stadt Biel nahm der RFB Verhandlungen mit den Bundesbehörden auf, um die Einhaltung der amtlichen Zweisprachigkeit im Verwaltungskreis Biel/Bienne durchzusetzen. Schliesslich war ein entscheidender Kontakt mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die neu dem UVEK vorstand, ausschlaggebend für den Austausch der Autobahnschilder. Für den RFB hatte dieser Kampf eine «sehr wichtige symbolische Bedeutung, die von den Deutschschweizern zunächst jedoch missverstanden wurde».

Der auf den ersten Blick ungewöhnliche Fall veranschaulicht laut David Gaffino sehr gut, worum es bei der Verteidigung der Zweisprachigkeit in Biel geht:

> «Das mag lächerlich oder unwichtig erscheinen, doch es betrifft den Alltag der Menschen. Es geht um den visuellen Eindruck, den man gewinnt, wenn man in eine Stadt kommt, und auch um das Gefühl, dass man ernst genommen wird und schlicht existiert.»

Die sprachliche Sichtbarkeit befeuerte die politische Debatte auch weiterhin, beispielsweise im Zusammenhang mit dem totalrevidierten Reklame-Reglement der Stadt Biel, das zweisprachige Aussenwerbungen vorschreibt. Der RFB unterstützte dieses Anliegen, da er der Ansicht war, dass zweisprachige Werbungen zur Schaffung eines für beide Sprachgemeinschaften einladenden öffentlichen Raums beitragen.



Medienkonferenz vom 21. Februar 2019 auf dem Zentralplatz in Biel

Stabübergabe, Sitzgarantie und Sensibilisierung der Jugend (2022–2026)

2022 war der Beginn der fünften Legislaturperiode von neuen Veränderungen geprägt. Die Gründungsmitglieder Pierrette Berger-Hirschi und Béatrice Sermet-Nicolet zogen sich aus dem RFB zurück, zu dessen Gestaltung sie massgeblich beigetragen hatten. Ariane Tonon, die neue Präsidentin, würdigte sie mit folgenden Worten:

> «Sie haben dazu beigetragen, den RFB zu einem bedeutenden politischen Organ zu entwickeln [...]. Sie haben Beziehungen zu den zahlreichen öffentlichen Einrichtungen in den Tätigkeitsbereichen des RFB geknüpft und diese bei der Weiterentwicklung und Aufrechterhaltung ihrer Leistungen für die französischsprachige Bevölkerung unterstützt. Schliesslich haben sie dazu beigetragen, wesentliche Elemente eines offiziell zweisprachigen politischen Gebiets zu definieren: Nämlich, dass dieses nur existieren kann, wenn den Angehörigen beider Sprachen die gleiche Sorgfalt zuteilwird und jegliche Diskriminierung aufgrund eben dieser Sprachen verschwindet.»[109]



Pierrette Berger-Hirschi und Ariane Tonon bei der Stabsübergabe für das RFB-Präsidium. Wechsel auch im Generalsekretariat: Im Oktober 2024 trat Aurélie Landry die Nachfolge von Stéphanie Bailat an.

Der historische Rückblick auf die Aktivitäten des RFB seit 2006 zeugt in der Tat von einer zunehmenden Anerkennung der Zweisprachigkeit innerhalb des Kantons, sei es hinsichtlich der Berücksichtigung einer «frankophonen Perspektive» bei Gesetzesvernehmlassungen oder auch im Kulturbereich. Im Jahr 2025 unterstrich die Veröffentlichung zweier Studien zur Bieler Kultur das starke Engagement der lokalen Institutionen für die Zweisprachigkeit. Die Daten zeigten insbesondere, dass Kulturbeiträge von einer Million Franken im Durchschnitt den dreifachen Mehrwert für die Region generieren. Diese Ergebnisse zeugen von der erheblichen Stärkung eines Bereichs, den der RFB seit zwanzig Jahren mit seiner Arbeit unterstützt.[110]

Während seiner fünften Legislaturperiode führte der RFB mehrere seiner historischen Aufgaben, wie beispielsweise seine Vorabstellungnahmen zu Kulturbeiträgen, die Unterstützung französischsprachiger Ausbildungen und Berufslehren sowie die Förderung der Zweisprachigkeit in Gesundheitswesen, Handel, Stellenangeboten und Werbung, fort und setzte neue Projekte um.

Erstens trug der RFB dazu bei, dass den Französischsprachigen aus dem Wahlkreis Biel-Seeland ein fünfter Grossratssitz garantiert wird, und zwar durch die Änderung des Berechnungsschlüssels, der den Anteil der Französischsprachigen im Verhältnis zum nichtfranzösischsprachigen Anteil des Kantonsparlaments festlegt, und der erstmals bei den Grossratswahlen im März 2026 zur Anwendung kam.

Zweitens war der RFB bestrebt, seine Aufgaben einem breiten Publikum über seine punktuellen Medienauftritte hinaus verständlich zu machen. In den Ausbildungszentren wurden Veranstaltungen organisiert, um Jugendlichen die vom Kanton geschaffenen Instrumente zur Gewährleistung der Rechte der Französischsprachigen näherzubringen.[111] Ebenso wurde im Juni 2025 den Schülerinnen und Schülern der Bieler Sekundarstufe I ein Besuch des Grossen Rates angeboten, der auf grossen Anklang stiess. Der BJR bot ein ähnliches Programm für die Schülerinnen und Schüler des Berner Juras an.[112]



Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I lernen bei einem Besuch im Grossen Rat die Grundlagen der Staatsbürgerschaft und der Politik kennen.

Garantiesitze

Obwohl ihr Anteil auf Bieler Ebene nahezu paritätisch ist, machen die Französischsprachigen nur 10,2 % der Gesamtbevölkerung des Kantons Bern aus. In der Vergangenheit war die Vertretung französischsprachiger Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den kantonalen Behörden immer wieder Gegenstand von Debatten. In diesem Zusammenhang wurden Massnahmen ergriffen, um die politische Vertretung des Berner Juras im Regierungsrat zu gewährleisten. Die Sitzverteilung erfolgt nach einem Berechnungsschlüssel, der den regionalen Stimmen mehr Gewicht beimisst. 2017 hatte der RFB vor dem Hintergrund eines möglichen Kantonswechsels von Moutier vorgeschlagen, den garantierten Sitz im Regierungsrat auf Welschbiel auszuweiten – jedoch ohne Erfolg.

Seit seiner Gründung im Jahr 2006 setzte sich der RFB für die Vertretung der französischsprachigen Bevölkerung des zweisprachigen Kantonsgebiets im Grossen Rat ein. Die französischsprachige Minderheit der Region Biel verfügte bis 2018 über drei, dann über vier garantierte Sitze für den Wahlkreis Biel-Seeland. Dieser ist im 160-köpfigen Kantonsparlament mit insgesamt 27 Ratsmitgliedern vertreten. Konkret bedeutet dies: Wird die volle Quote der garantierten welschen Sitze nicht erreicht, greift ein Ausgleichsmechanismus. Parteien, die auch eine französischsprachige Liste eingereicht haben, erhalten entsprechend ihrem Wahlergebnis Sitze von ihren deutschsprachigen Schwesterlisten. Dieses System der Sitzumverteilung soll eine «angemessene Vertretung der französischsprachigen Minderheit des Wahlkreises Biel-Seeland sicherstellen» (Art. 73 Abs. 3 der Kantonsverfassung [KV], Art. 88 f. des Gesetzes über die politischen Rechte [PRG]).

Der Berechnungsschlüssel für die Anzahl garantierter Sitze, der auf dem Verhältnis der französischsprachigen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung basiert, war jedoch umstritten, insbesondere weil auch die Anderssprachigen zur Gesamtbevölkerung gerechnet wurden. Im Mai 2007 forderte der RFB erstmals eine Überprüfung der Berechnungsmethode für die französischsprachige Bevölkerung des Wahlkreises und wiederholte diese Forderung fortan bei jeder Wahl. Die Ersetzung der eidgenössischen Volkszählung durch eine strukturelle Erhebung, der Kontext des «Status quo plus» und der Kantonswechsel von Moutier schufen schliesslich günstige Rahmenbedingungen für eine Überprüfung der Gesetzgebung über die politischen Rechte (PRG und PRV), an der der RFB ab 2021 über die DBAJ gemeinsam mit alt Regierungsrat Bernhard Pulver beteiligt war.

Diese langwierigen Arbeiten fanden schliesslich in den Jahren 2024 und 2025 mit der Revision des PRG und der PRV ihren Abschluss. Neben der Änderung des Berechnungssystems, das nun auf dem prozentualen Anteil der Französischsprachigen an der deutschsprachigen Bevölkerung basiert, wurden auch mehrere neue Vorschriften in die Verordnung aufgenommen: Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen ihren frankophonen Status nachweisen (diese Regelung ist eine Reaktion auf Missbräuche, die bei den Wahlen von 2022 festgestellt wurden, als Kandidaten auf der welschen SVP-Liste in Wirklichkeit nicht französischsprachig waren). Ebenso werden französischsprachige Kandidatinnen und Kandidaten auf gemischten deutsch-französischen Listen im Falle einer Wahl fortan bei der Zuteilung der garantierten Sitze mitberücksichtigt.

Drittens engagierte sich der RFB auf sozialer Ebene verstärkt im Bereich der Integration. Im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms 2024–2027 war der Rat bestrebt, den Anspruchsberechtigten den Zugang zu den beiden Amtssprachen zu gewährleisten. Neben den Verhandlungen mit den Partnern in diesem Bereich setzte er sich für konkrete Mittel ein, die die Umsetzung dieser Massnahmen gemäss eidg. Sprachengesetz ermöglichen. Zudem unterstützte er regionale Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, wie beispielsweise effe und Multimondo.[115] In Fortführung der seit mehreren Jahren unternommenen Schritte im Bereich der Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen, die bereits 2016 gemeinsam mit dem BJR und der PIEA (Plattform der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche des Berner Juras und Welschbiels) erreicht wurden, verfolgte der RFB aufmerksam die Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG).[116] Schliesslich begleiteten die CoForS und die DBAJ im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel von Moutier den Umzug des ceff ARTISANAT nach Biel, der im Rahmen des Projekts «Avenir Bienne romande» per Sommer 2027 beschlossen wurde.[117]

«Es ist wichtig, dass die Französischsprachigen, aber auch die Deutschsprachigen, die politischen Instrumente kennen, die es im Kanton Bern gibt, um die Rechte der Französischsprachigen zu gewährleisten. Im Jahr 2022 konnten wir in Bildungseinrichtungen auftreten, um junge Menschen über diese Instrumente zu informieren. Solche Aktionen sind für das Verständnis der regionalen Herausforderungen und die gesellschaftspolitische Entwicklung von grundlegender Bedeutung.»

Ariane Tonon
RFB-Präsidentin (2022–2026)

Was sind die Perspektiven 2026–2030?

Im Juni 2026 hat für den RFB die sechste Legislaturperiode mit dem neuen Präsidenten Renaud Lieberherr (SP) begonnen. Einige Themen ziehen sich über diesen Zeitraum hinweg, insbesondere in den Schwerpunktbereichen Kultur, Bildung, Gesundheit und Soziales.[113]

Zwanzig Jahre nach seiner Gründung agiert der RFB nun in einem neuen Kontext: Der Anteil der französischsprachigen Bevölkerung, der in den 2000er-Jahren rückläufig war, steigt mittlerweile im gesamten Verwaltungskreis an und erreicht in den zweisprachigen Gemeinden Biel und Leubringen nahezu die Parität. Ebenso ist die regionale Zweisprachigkeit mittlerweile ein Marketingargument für die Stadt Biel.[114] Vor zwanzig Jahren noch auf der Suche nach einer Definition, scheint die Zweisprachigkeit der Region heute besser verstanden und akzeptiert zu werden. Der RFB hat dazu beigetragen, indem er sich seit zwei Jahrzehnten für die politische und kulturelle Anerkennung der Zweisprachigkeit einsetzt. Und bei wichtigen Projekten, wie beispielsweise den Arbeiten am Entwurf eines kantonalen Sprachengesetzes, wird er auch in Zukunft seine langjährige Erfahrung, die er sich bei der rechtlichen Begleitung der kantonalen Zweisprachigkeit angeeignet hat, einbringen können.

SCHLUSSFOLGERUNG

Der RFB: 20 Jahre Schutz der französischsprachigen Minderheit

Institutionelle Neuerungen…

… und ein Wirken im Hintergrund zugunsten der Zweisprachigkeit

Bildung und Kultur – die Grundpfeiler der Tätigkeit des RFB

Vom Schutz der französischsprachigen Minderheit hin zu einer «integrierten Zweisprachigkeit»

Der RFB: 20 Jahre Schutz der französischsprachigen Minderheit

Zwanzig Jahre nach der Gründung des RFB verdeutlicht die Geschichte dieses besonderen Gremiums mehrere Entwicklungen bei der Herangehensweise an die regionale Zweisprachigkeit. Gegründet in einem Kontext, der noch stark von der Jurafrage und der Unsicherheit hinsichtlich der Aufrechterhaltung des zweisprachigen Charakters des Kantons geprägt war,[118] entwickelt sich der RFB heute unter ganz anderen Umständen weiter. Einerseits hat sich die Jurafrage mit der Einführung des Sonderstatuts für den Berner Jura und infolge des Kantonswechsels von Moutier weitgehend beruhigt. Andererseits nimmt die französischsprachige Bevölkerung in der gesamten Region deutlich zu. Durch das gemeinsame Wirken verschiedener Akteure, darunter der RFB, werden diese Veränderungen durch konkrete Massnahmen begleitet, wobei darauf geachtet wird, die Interessen der französischsprachigen Bevölkerung, die im Kanton Bern nach wie vor eine deutliche Minderheit darstellt, zu wahren. Heute wird die Zweisprachigkeit geschätzt und als Bereicherung für die Region Biel angesehen.[119] Die Geschichte zeigt jedoch, dass es hartnäckiger Arbeit seitens der Gründerinnen und Gründer des RFB bedurfte, um dieses Ergebnis zu erreichen. Welche Lehren lassen sich – spätestens nach zwanzig Jahren – aus den Errungenschaften des RFB ziehen? Was waren die grössten Hindernisse, und wie sehen heute die Perspektiven aus? In diesem abschliessenden Teil sollen einige prägende Tendenzen in der Geschichte des RFB hervorgehoben werden, um dessen Beiträge zur Förderung der Zweisprachigkeit im Kanton, wie sie seit 2006 im SStG vorgesehen ist, hervorzuheben.

Institutionelle Neuerungen…

2006 wurden der RFB und der BJR in einem politischen Klima gegründet, das noch stark von der Jurafrage geprägt war. Obwohl die französischsprachige Bevölkerung bereits über bestimmte Rechte verfügte, war die Zweisprachigkeit noch kein wirklich anerkanntes politisches Anliegen. Insbesondere auf kantonaler Ebene wurden die Interessen der französischsprachigen Bevölkerung des zweisprachigen Amtsbezirks Biel nach Ansicht der Verfasser des Schlussberichts, der die Modalitäten eines «Sonderstatus» für die Zweisprachigkeit im Amtsbezirk Biel analysierte, unzureichend berücksichtigt.[120] Gleichzeitig drohten alle Bemühungen um eine grössere Autonomie des Berner Juras am Fall Biel zu scheitern, der den Akteuren jener Zeit zufolge ein regelrechter «Stachel im Fleisch» der Separatistenbewegung darstellte.[121] In diesem Zusammenhang hat sich die Lösung mit zwei Räten letztlich bewährt. Wie andere an der Gründung des RFB beteiligte Personen war auch Béatrice Sermet-Nicolet der Ansicht, dass der Rat mittlerweile ein ausgereiftes politisches Gremium ist:

> «Vor zwanzig Jahren ging man von einer sehr politischen Frage aus. Heute geht es darum, die Zweisprachigkeit mit Leben zu füllen. Das lässt sich nicht auf den Schutz einer Minderheit reduzieren. Man kann sich übrigens fragen, was ein Französischsprachiger in Biel überhaupt ist! Diese Rolle der Vertretung und Förderung muss dazu dienen, eine Kultur zu bewahren und Garantien zu bieten, damit die Menschen ihre Identität in vollem Umfang ausleben können.»[122]

Im Laufe seiner fünf Legislaturperioden hat der RFB dieses Konzept der Zweisprachigkeit überall mantraartig wiederholt: Die Förderung eines zweisprachigen Gebiets erfolgt über die Stärkung der regionalen französischsprachigen Bevölkerung.[123] Dies umfasst nicht nur den Gebrauch der Sprache, sondern auch die Gewährleistung, dass jede Gemeinschaft ihre eigene Kultur entwickeln kann. Zwischen 2006 und 2026 haben der RFB und seine Partner ihre Anstrengungen verstärkt, um diesen Auftrag in die Tat umzusetzen. Diese Vision der Zweisprachigkeit wurde jedoch nicht immer richtig verstanden. Die Vorbehalte der deutschsprachigen Gemeinden vor der Erweiterung des RFB-Wirkungskreises im Jahr 2018 oder zuvor der Widerstand des Berner Juras gegen die Vorrechte von Biel veranschaulichen diese Problematik deutlich. «Es handelte sich stets um äusserst heikle Fragen», erinnert sich Pierrette Berger-Hirschi. «Man musste verständlich machen, dass wir nicht in das Hoheitsgebiet eingreifen, sondern die Zweisprachigkeit stärken wollten.»[124] Dieses Verständnis von Zweisprachigkeit erfordert eine Distanzierung von der gängigen Auffassung der territorialen Zugehörigkeit von Sprachen, die vielen kulturellen Konflikten zugrunde liegt, insbesondere in anderen zweisprachigen Regionen wie Belgien oder der Ukraine.[125] In diesem Sinne können die Vorschläge des Schlussberichts, der zur Gründung des RFB führte, als wahrhaft innovativ angesehen werden. Laut dem ehemaligen Generalsekretär David Gaffino haben sie es ermöglicht, dass die französischsprachige Minderheit vorbildlich «betreut» wurde. Mehrere ausländische Delegationen, insbesondere aus Japan und aus dem Elsass, lassen sich übrigens davon inspirieren. Der RFB hat in diesem Zusammenhang mehrere Praktikanten und Delegationen empfangen, die sehr beeindruckt waren von den Mitteln, die in die Förderung der «Kultur der gelebten Zweisprachigkeit»[126], die den Verwaltungskreis Biel/Bienne auszeichnet, investiert wurden.[127]

… und ein Wirken im Hintergrund zugunsten der Zweisprachigkeit

Trotz einer nach Ansicht seiner Mitglieder insgesamt recht zufriedenstellenden Bilanz musste der RFB auch Rückschläge hinnehmen. Seine Stellungnahmen wurden nicht immer befolgt, auch nicht in wichtigen Angelegenheiten wie der Reform der Jugendgerichtsbarkeit. Die Schliessung des Gymnasiums Alpenstrasse im Rahmen des Sparpakets ASP 2014 war ein Ereignis, das Béatrice Sermet-Nicolet, die ehemalige Rektorin des Gymnasiums, tief geprägt hat. Da das Gymnasium Alpenstrasse auch die deutsch- und französischsprachigen Klassen der Wirtschaftsmittelschule beherbergte, war es laut Béatrice Sermet-Nicolet schon eine zweisprachige Schule, «bevor es diesen Begriff überhaupt gab». «Wir achteten darauf, dass jede Gemeinschaft ihren eigenen Raum hatte – eine entscheidende Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben.»[128] Die Schliessung des Gymnasiums hat somit jahrelange Erfahrung und Know-how zunichte gemacht. Dies gilt heute auch im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Telebielingue infolge des Verlusts seiner Konzession zugunsten des neuen Senders Canal B. Der 1999 gegründete zweisprachige Bieler Fernsehsender verfolgte ein «eigentlich zweisprachiges» Programmkonzept, d. h. die abwechselnde Ausstrahlung von Nachrichten auf Deutsch und Französisch. Canal B hingegen sendet Programme auf zwei getrennten Sprachkanälen, einem auf Französisch und einem auf Schweizerdeutsch, sodass sich die Nachrichten aufgrund der Sprache von einem Kanal zum anderen unterscheiden.[129] In beiden Fällen hat sich der RFB für eine in der Praxis verankerte Zweisprachigkeit eingesetzt, die über das reine Nebeneinander zweier Sprachen hinausgeht.

Die Geschichte des RFB zeigt, dass regionale Zweisprachigkeit nicht spontan durch die Beherrschung mehrerer Sprachen durch den Einzelnen entsteht, sondern durch konkrete Fördermassnahmen gestärkt und aufrechterhalten wird. Der Auftrag des RFB erfordert jedoch ständige Wachsamkeit, denn, wie Ariane Tonon betont: «Im Bereich der Zweisprachigkeit ist nichts selbstverständlich.»[130] Zudem handelt der RFB niemals allein. Seine Stärke liegt in seiner Fähigkeit, die im Kanton vorhandenen Kräfte zu mobilisieren und Garantien für die Umsetzung der Massnahmen zu erwirken. Somit ist die Sicherung der Zweisprachigkeit eine langwierige Aufgabe, die viel Geduld und Ausdauer erfordert, wie David Gaffino zu Recht betont:

> «Im institutionellen Bereich ist es dem RFB gelungen, sich in seinem Tätigkeitsfeld als regional anerkanntes Gremium zu etablieren. Der RFB ist in Biel selbst und in der Region, ganz zu schweigen vom Rest des Kantons, zweifellos wenig bekannt und wird kaum verstanden. Man kann dies bedauern oder aber verstehen, dass dies mit seinem Charakter als beratendes Gremium in enger Verbindung zur Exekutive zusammenhängt, das daher hinter verschlossenen Türen tagt und sich mit oft komplexen, noch vertraulichen und für die Medien selten besonders attraktiven Themen befasst. Wichtiger als sein Bekanntheitsgrad ist, dass der RFB nützlich ist, seine Arbeit leistet und der Bevölkerung konkrete Fortschritte bringt.»[131]

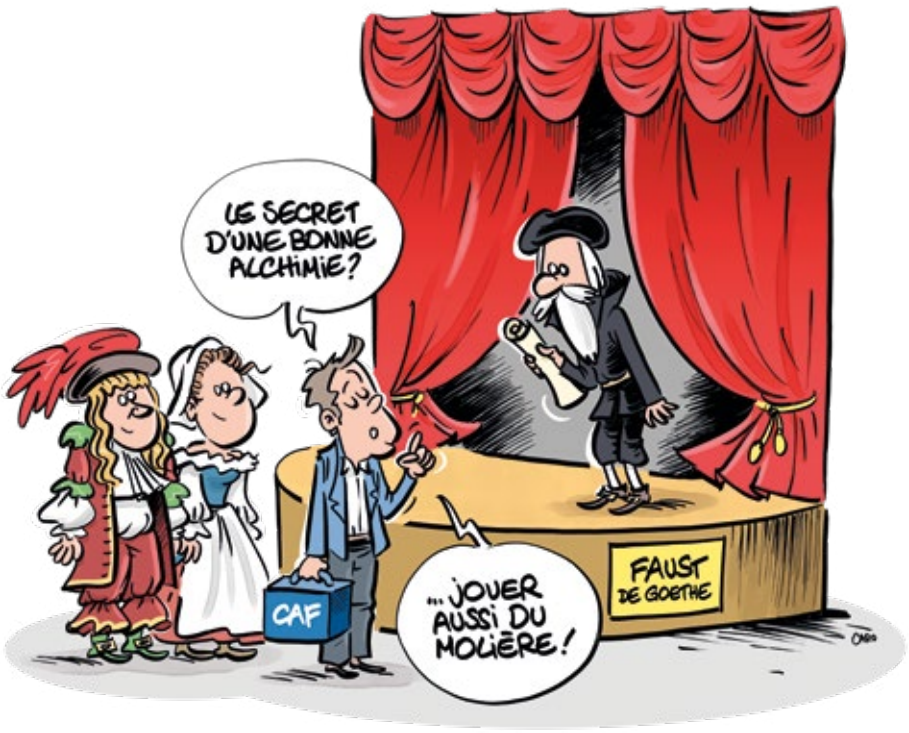
Um seine Aufgaben erfolgreich zu erfüllen, hat der RFB seit jeher eine diplomatische und besonnene Haltung eingenommen. Als beratendes Gremium verfügt der RFB nämlich über keinerlei verbindlichen Befugnisse. Insgesamt verfolgt der RFB eher eine Strategie der «schrittweisen»[132] Arbeit, wobei er stets eine «gewisse Zurückhaltung» wahrt. Für Pierrette Berger-Hirschi gilt: «Wir erreichen unsere Ziele am besten, wenn wir behutsam vorgehen.»[133] In einigen wenigen Fällen zeigte sich der RFB engagierter, beispielsweise im Zusammenhang mit der Beschilderung auf der A5-Umfahrung. Insgesamt ermöglichten ihm seine «sanften Überzeugungsmethoden»[134], auf demokratischem Wege Fortschritte zu erzielen – dies ganz im Sinne des im SStG verankerten Geistes des Zusammenhalts zwischen den Gemeinschaften.



Bildung und Kultur – die Grundpfeiler der Tätigkeit des RFB

Seit der Gründung des RFB sind Bildung und Kultur die beiden Grundpfeiler seines Engagements. Diese beiden Bereiche wurden von den Gründungsmitgliedern als entscheidende Faktoren für die Förderung der Zweisprachigkeit angesehen. Einerseits wird die Stärkung der frankophonen Kultur als wichtiger Faktor angesehen, der es der zahlenmässigen Minderheit ermöglicht, ihre Identität zu bewahren.[135] Andererseits ermöglicht die Stärkung der Bildung als Ort der Sprachvermittlung, aber auch der persönlichen Entfaltung, der frankophonen Bevölkerung, sich dauerhaft in der Region zu verankern.[136] Diese Herausforderungen waren im Kontext der 1990er- und 2000er-Jahre besonders wichtig, als die Sprachkenntnisse offenbar im Rückgang begriffen waren. Hier die wichtigsten Beiträge des RFB in diesen Bereichen, die bereits in den vorangegangenen Teilen ausführlich dargelegt wurden:

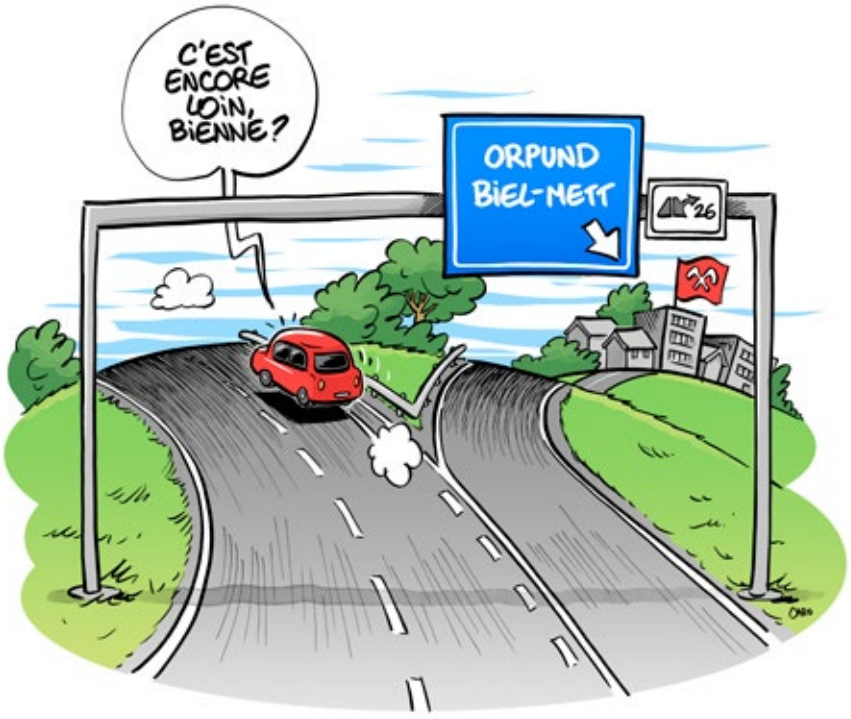
Im Bereich der Bildung hat sich der RFB über seine Ausschüsse und Kommissionen stets für den Erhalt französischsprachiger Ausbildungsgänge in der Region eingesetzt, die regelmässig durch Sparpakete und Umstrukturierungen bedroht waren (z. B. HEP-BEJUNE oder Wirtschaftsmittelschule). Sein wichtigster Beitrag liegt jedoch in der Förderung der französischsprachigen Lehrlingsausbildung, die bereits Ende der 1980er-Jahre Anlass zur Sorge gab und zu deren deutlicher Verbesserung der RFB und seine Partner beigetragen haben. Die Ergebnisse in diesem Bereich sind sehr positiv: Im Jahr 2026 sind 41 Prozent der Lehrstellen in der Region Biel französischsprachig, gegenüber nur 29 Prozent im Jahr 2013. Im Bereich Kultur hat der RFB neben der Unterstützung kultureller Projekte über seine Vorabstellungnahmen zur Festlegung von Kriterien für die Förderung einer zweisprachigen Kultur in der Region beigetragen. Diese Kriterien sind besonders wichtig, um eine Grundlage für die Gewährung von Beiträgen zu schaffen. Die Bemühungen des RFB haben zudem dazu geführt, dass seine Kompetenzen gestärkt wurden, insbesondere durch die Abgabe massgeblicher Vorabstellungnahmen. Seit 2010 ist der RFB zudem an der Verteilung der im eidg. Sprachengesetz vorgesehenen Bundesbeiträge an zweisprachige Kantone beteiligt, und zwar in verschiedenen Bereichen wie Kultur, Gesundheit, Bildung oder Integration.[137]



Vom Schutz der französischsprachigen Minderheit hin zu einer «integrierten Zweisprachigkeit»

Ob in den Bereichen Bildung und Kultur oder auf institutioneller Ebene – die Geschichte des RFB spiegelt die Entwicklung der regionalen Zweisprachigkeit wider und ist geprägt von zahlreichen Neuerungen zur Stärkung der frankophonen Gemeinschaft in der Region. Es brauchte «Mut und Weitsicht»[138] seitens des Gesetzgebers zu Beginn der 2000er-Jahre, um ein in der Schweiz einzigartiges institutionelles Modell zu etablieren. Zwanzig Jahre später hat sich der RFB bewährt, wie seine zahlreichen Erfolge belegen. Garantien, Förderung, Ausstrahlung einer zweisprachigen Kultur – die vom RFB verwendete Terminologie spiegelt ein Konzept der Zweisprachigkeit wider, das stets bestrebt war, sich von einer Logik der Konfrontation zwischen Minderheit und Mehrheit zu lösen, und sich stattdessen auf die Komplementarität stützt.[139] Im Laufe der Zeit hat sich ein semantischer Wandel vollzogen: Der RFB vertritt die Französischsprachigen nicht als starre Einheit, sondern vielmehr als Menschen, die im Verwaltungskreis leben und Französisch als Korrespondenzsprache mit der Verwaltung angeben.[140] Diese flexible Sichtweise auf die Zweisprachigkeit fügt sich in den aktuellen Trend ein, die Region als mehrsprachig und nicht nur als zweisprachig (Deutsch/Französisch) zu betrachten.[141] Sie eröffnet zudem neue Perspektiven im Bereich der sprachlichen Förderung, insbesondere im Zusammenhang mit der Erarbeitung des kantonalen Sprachengesetzes, bei der sich der RFB sicherlich einbringen wird.

Wie dieser Rückblick zeigt, lässt sich die Identität des RFB mitunter nur schwer vermitteln. Dennoch lässt sie sich nach Angaben der Gründungsmitglieder des RFB mit verschiedenen Metaphern beschreiben: vom Baum mit festem Stamm und weit ausladendem Geäst über den vielarmigen Oktopus bis hin zum Einhorn. Der RFB gleicht somit einem Fabelwesen, das etwas «ganz Besonderes» ist und sich auch der Bewältigung neuartiger Herausforderungen gewachsen zeigt.[142] Wie wird es in zehn Jahren aussehen? Wird das institutionelle Modell des RFB andere Kontexte inspiriert haben oder auf andere Bereiche übertragbar sein? Die Geschichte wird es zeigen. In der Zwischenzeit machen sich die neuen Mitglieder des RFB mit mindestens ebenso viel Begeisterung und Elan wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger an die Arbeit. Französischunterricht in der Primarschule, zweisprachige Medien, Bevölkerungswachstum, Sprachengesetz – die Herausforderungen, die auf sie warten, sind zahlreich. Ihre Vielfalt zeugt von einem Tätigkeitsfeld, das sich ständig weiterentwickelt und erneuert.



ANHÄNGE

Quellen und Bibliografie

Glossar

Präsidium und Generalsekretariat

Mitgliederlisten

Chronologie

Anmerkungen

Quellen und Bibliografie

ARCHIVBESTÄNDE

RFB-Archiv

- Geschäftsberichte 2006–2025 (seit 2022 auch auf Deutsch)

Staatsarchiv des Kantons Bern (StABE)

stände des Amts für Zweisprachigkeit, Gesetzgebung und Ressourcen (AZGR):

- A 03.3.303 Projekte: Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung/Zweisprachigkeit, 2004–2006
- A 03.3.352 Sonderstatut des Berner Juras, Vollzugsgesetzgebung, 2004–2005 (Archiveinheit)
- A 03.3.356 Treffen: Verschiedene, Bernjurassischer Rat, Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel/Bienne, kantonalbernische Delegation in der Interjurassischen Versammlung, Regionalrat, 2005–2010.
- A 03.1.86 «Die Romands im Kanton Bern» – Studie von Dominique Haenni, 1993–1994
- Medienkonferenzen
  - A 03.4.68 Medienkonferenz des Regierungsrates vom 8. März 2002. Das Sonderstatut für den Berner Jura – Perspektiven für den zweisprachigen Amtsbezirk
  - A 03.4.151 Medienkonferenz vom 20. Februar 2015. Weiterentwicklung des Sonderstatuts des Berner Juras und der kantonalen Zweisprachigkeit. Projekt «Statut quo plus»

Bieler Stadtarchiv

- 20010019 Besonderer Status für den zweisprachigen Amtsbezirk 1 et 2

GESPRÄCHE

- Gérard Caussignac, Bern, 12. Juni 2026
- Béatrice Sermet-Nicolet, Biel, 26. Juni 2026
- Pierrette Berger-Hirschi, Biel (per Telefon), 25. August 2026
- David Gaffino, Berne, 11. September 2026

VERÖFFENTLICHTE QUELLEN

Tagblätter des Grossen Rates des Kantons Bern

- Tagblatt des Grossen Rates, Junisession vom 14. bis 24. Juni 2004. Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel (Sonderstatutsgesetz, SStG). Erste Lesung. Jahrgang 2004/Dokument 1. S. 608–620.
- Tagblatt des Grossen Rates, Septembersession vom 6. bis 16. September 2004. Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel (Sonderstatutsgesetz, SStG). Zweite Lesung. Jahrgang 2004/Dokument 1. S 943–947.

Berichte und Studien zum Sonderstatut des Berner Juras und zur französischsprachigen Minder-heit des Verwaltungskreises Biel/Bienne

- Staatskanzlei des Kantons Bern (2004). Gemeinsamer Vortrag des Regierungsrates und der Kommission: Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatutsgesetz, SStG). Bieler Stadtarchiv. Signatur: 20010019.
- Staatskanzlei des Kantons Bern (14.2.2002). Vom Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR) durchgeführte Studie zum Sonderstatut des Berner Juras. Staatsarchiv des Kantons Bern. Signatur: A 03.4.68
- Expertenkommission über die Zweisprachigkeit (30.8.2018), Schlussbericht zuhanden des Regierungsrates des Kantons Bern.
- Die Romands im Kanton Bern. Bericht an den Regierungsrat des Kantons Bern. Staatsarchiv des Kantons Bern, Signatur: A 03.3.56.
- Schuler, M., Noirjean, S. et al. (2011). Schlussbericht «Quelles perspectives pour Bienne et son bilinguisme ?» (nur auf Französisch). Prüfung der möglichen Folgen eines Wegzugs des Berner Juras aus dem Kanton Bern. Communauté d'études pour l'aménagement du territoire (CEAT), Lausanne.

BIBLIOGRAFIE

- Stadt Biel und Gemeinde Leubringen (28.9. 2001). Status des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel, Schlussbericht der von den Gemeinderäten Biel und Leubringen eingesetzten Projektorganisation (nur auf Französisch).
- Stadt Biel und Gemeinde Leubringen (25.10.2002). Status des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel. Zweite Projektphase: Analyse der Berichte der Arbeitsgruppe im Hinblick auf die Schlussfolgerungen, die sich für die Gemeinden, den Kanton Bern und den Bund ergeben. Bieler Stadtarchiv (Gemeinderat). Signatur: 20010019.

Bieler Jahrbücher

- Bailat, S. Signaler l'identité bilingue de Bienne. Bieler Jahrbuch 2019, S. 131–134.
- Gaffino, D. Question jurassienne: neutralité n'est pas désintérêt. Bieler Jahrbuch 2013, S. 131–134.
- Gaffino, D. Le CAF: dix ans de soutien aux francophones. Bieler Jahrbuch 2016, S. 114–121.
- Gaffino, D. Les francophones de Bienne, Moutier et l'AIJ. Bieler Jahrbuch 2017, S. 101–103.
- Gaffino, D. Le bilinguisme passe par la formation professionnelle. Bieler Jahrbuch 2017, S. 85–89.
- Gaffino, D. Bilinguisme à Bienne et dans le canton: Le poids des chiffres. Bieler Jahrbuch 2018, S. 109–112.
- Sermet-Nicolet, B. Un pas historique. Le conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne (CAF), enjeux et défis. Bieler Jahrbuch 2006, S. 77–103.

Presse und weitere Medien

- Lexikon des Jura (diju)
- Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)
- E-newspaperarchive.ch
- E-periodica.ch
- A-jour.ch
- RTS

- Assemblée interjurassienne (AIJ) (2017), Au service du dialogue interjurassien. Bilan d'une institution inédite (1994–2017). 93–97.
- Brohy, C. (2009), Entre protection des minorités et promotion du plurilinguisme en Suisse : mesures et dispositifs, Feytor Pinto et. Al. (eds), Direito, Língua e Cidadania Global. Lisboa.
- Gaffino, D. (2016), Biel/Bienne bilingue dans le miroir de 1815, Actes de la Société jurassienne d'émulation.
- Hauser, C. (2004), L'aventure du Jura: cultures politiques et identité régionale au XXe siècle, Lausanne: Antipodes.
- Lacorne, D., Judt, T. (Hrsg.) (2002), La Politique de Babel : du monolinguisme d'État au plurilinguisme des peuples. Paris: Karthala.
- Kästli, T., Gaffino, D. (2013). Bieler Geschichte. Teil 4. Erster Weltkrieg bis heute (1914–2012), Hrsg. Gaffino David und Lindegger Reto, Band II, hier+jetzt Verlag für Kultur und Geschichte, Baden 2013.
- Meune, M. (2012), Au-delà du Röstigraben: langues, minorités et identités dans les cantons suisses bilingues. Georg, Chêne-Bourg
- Rieder, K. (2024), Zweisprachigkeit in Biel/Bienne, Die lebendigen Traditionen in der Schweiz, 2024: Zweisprachigkeit in Biel/Bienne
- Shevchenko, N. (2015). L'histoire du bilinguisme en Ukraine et son rôle dans la crise politique d'aujourd'hui. Cahiers Sens public. 203–225.

Glossar

MITGLIEDER

Pierrette Berger-Hirschi
Juristin, RFB-Gründungsmitglied. Sekretärin der Arbeitsgruppe «gelebte Zweisprachigkeit» und der Arbeitsgruppe, die den Schlussbericht zur Gründung des RFB verfasste. Unterzeich-nete insbesondere den Bericht zur zweiten Projektphase. Gehörte während 16 Jahren dem RFB an, davon zwei Legislaturperioden als Präsidentin (2014–2022).

Ariane Bernasconi-Neuhaus
Lehrerin und Bieler Gemeinderätin (PRR, 2000–2008). Beteiligte sich an den Arbeiten des Schlussberichts «Status des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel», der zur Gründung des RFB führte.

Gérard Caussignac
Jurist, ehemaliger Leiter des Dienstes für begleitende Rechtssetzung, jurassische Angelegenheiten und Zweisprachigkeit der Staatskanzlei des Kantons Bern. Spielte bei der Verfassung der Sonderstatutsgesetzgebung eine massgebliche Rolle. War bis zur Ernennung des ersten Generalsekretärs zudem als Protokollführer für den RFB tätig.

Philippe Garbani
Regierungsstatthalter, später Vizeregierungsstatthalter, des ehemaligen Amtsbezirks Biel (1999–2011). Trat dem RFB 2011 für eine Amtsperiode als Präsident bei (2011–2014). War als Regierungsstatthalter Mitglied des früheren Regionalrats Berner Jura und Welschbiel und gehörte der RFB-Gründergruppe an.

Renaud Lieberherr
Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Statistik (BFS) in Neuenburg. Seit 2022 RFB-Mitglied, seit 2026 Präsident des RFB.

Pierre-Yves Moeschler
Lehrer und Historiker, Mitglied des Bieler Stadtrats (PSR, 1993–1996), nebenamtlicher Gemeinderat (1997–1998), hauptamtlicher Gemeinderat (1998–2012). Grosses Engagement im Bereich Zweisprachigkeit, insbesondere als Stiftungsratsmitglied des Forums für die Zweisprachigkeit und als Mitverfasser des Schlussberichts «Status des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel».

Béatrice Sermet-Nicolet
Ehemalige Rektorin des zweisprachigen Gymnasiums Alpenstrasse, zu dem ebenfalls die Wirtschaftsmittelschule gehörte. Erste RFB-Präsidentin (2006–2010), blieb bis 2016 in verschiedenen Kommissionen des Rats aktiv.

Hans Stöckli
Bieler Stadtpräsident (SP, 1990–2010), deutschsprachig und leidenschaftlicher Verfechter der regionalen Zweisprachigkeit. War am gesamten Verfahren zur Berücksichtigung der zweisprachigen Region in den Arbeiten zum Sonderstatutsgesetz (Kommission Petitpierre) und zur institutionellen Zukunft des Kantons mit oder ohne Berner Jura (Status quo plus) beteiligt. RFB-Mitglied während der ersten Legislaturperiode.

Ariane Tonon
Lehrerin, Stadträtin GB (2006–2011), Stadträtin GRÜNE (2020–2028). War während 14 Jahren (2012–2026) RFB-Mitglied. Vizepräsidentin (2020–2022), danach Präsidentin des RFB (2022–2026).

GENERALSEKRETÄRINNEN UND GENERALSEKRETÄRE

Stéphanie Bailat
RFB-Generalsekretärin während sechs Jahren (2018–2024). Danach Co-Leiterin des Generalsekretariats der Direktion Bildung, Kultur und Sport der Stadt Biel.

David Gaffino
Historiker und RFB-Generalsekretär während neun Jahren (2009–2017/2018). Seit 2018 Vizestaatsschreiber des Kantons Bern und Vorsteher des Amts für Zweisprachigkeit, Gesetzgebung und Ressourcen (AZGR).

Aurélie Landry
FB-Generalsekretärin seit Oktober 2024.

Marc Roethlisberger
Erster RFB-Generalsekretär, begleitet während zwei Jahren die Anfänge des RFB (2007–2009).

PARTNER

Bieler Juradelegation (DBAJ)

2009 geschaffenes Organ, bestehend aus drei Bieler Gemeinderatsmitgliedern, zwei Leubringer Gemeinderatsmitgliedern und drei RFB-Mitgliedern, dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Koordination der Haltungen des RFB und der Gemeinderäte von Biel und Leubringen zu Fragen im Zusammenhang mit der institutionellen Zukunft der Region zu erleichtern. Dieses gemischte Organ befasste sich nicht nur mit der Jurafrage, sondern bündelt die einzelnen Positionen, um z. B. bei kantonalen Vernehmlassungen mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen.

Deputation des Grossen Rates

Aus den Ratsmitgliedern aus dem Berner Jura und aus den französischsprachigen Ratsmitgliedern aus dem Wahlkreis Biel-Seeland zusammengesetztes Organ des Grossen Rates, das im Grossen Rat die Anliegen der Bevölkerung des Berner Juras und der französischsprachigen Bevölkerung des Wahlkreises Biel-Seeland in Angelegenheiten vertritt, die diese besonders betreffen. Die Deputation hat das Recht, bei Beschlüssen des Grossen Rates, die den Berner Jura oder die französischsprachige Bevölkerung des Wahlkreises Biel-Seeland besonders betreffen, eine Deputationsabstimmung zu verlangen.

Forum für die Zweisprachigkeit

Das 1996 gegründete Forum unterstützt die institutionelle Zweisprachigkeit und fördert die Zweisprachigkeit der Bevölkerung. Seine Tätigkeit steht im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Beobachtung (Barometer der Zweisprachigkeit 1998, 2009, 2016, 2026) und der Förderung der gelebten Zweisprachigkeit (Zertifizierung der Zweisprachigkeit). Ausserdem organisiert es Sprachtandems zum Erlernen der jeweils anderen Amtssprache. Das Forum ist Arbeitspartner des RFB, der sich vor allem mit der Gewährleistung der politischen Interessen der zweisprachigen Region beschäftigt. Die beiden Organisationen teilten sich von 2006 bis 2018 die Räumlichkeiten im Haus der Zweisprachigkeit an der Seevorstadt 45 in Biel.

Interjurassische Versammlung (IJV), 1994–2017

Durch die Vereinbarung vom 25. März 1994 zwischen dem Bundesrat und den Kantonen Bern und Jura gegründetes politisches Gremium zur Beilegung des Jurakonflikts und zur Förderung des Dialogs über die Zukunft der jurassischen Gemeinschaft. Der 2009 veröffentlichte Schlussbericht über die institutionelle Zukunft der jurassischen Region stellte zwei Lösungsansätze zur Diskussion: einen neuen, aus sechs Amtsbezirken bestehenden Kanton Jura oder einen «Status quo plus», bei dem der Berner Jura mit einigen Anpassungen im Kanton Bern verbleibt. Am 23. November 2013 sprachen sich die Stimmberechtigten für die zweite Option aus. Die IJV blieb bis zur Moutier-Abstimmung im Jahr 2017 als Förderin des interjurassischen Dialogs aktiv, bevor sie aufgelöst wurde. Obwohl Biel mehrfach darum ersucht hatte, wurde die Stadt aus territorialen Gründen nicht in die IJV aufgenommen.

Jura bernois.Bienne (Jb.B)

2019 gegründeter regionaler Gemeindeverband, der die 39 Gemeinden des Berner Juras sowie die Gemeinden Biel und Leubringen umfasst. Sein Hauptziel besteht darin, die Region in sozialer, wirtschaftlicher und nachhaltiger Hinsicht zu stärken. Er befasst sich mit Fragen der Raumplanung und den Zuständigkeiten der Gemeinden.

Juradelegation des Regierungsrates (JDR)

Anfang der 1970er-Jahre eingesetzter ständiger Ausschuss der Kantonsregierung zur Prüfung und Vorberatung aller Angelegenheiten, die den Berner Jura, die französischsprachige Minderheit im Kanton Bern und die historische Jurafrage betreffen. Als Mitglied der Juradelegation gehörte Regierungsrat Mario Annoni in den Jahren 1990 bis 2000 zu den prägenden Akteuren bei der Erarbeitung der Sonderstatutsgesetzgebung.

Regionalrat Berner Jura und Welschbiel (RegR), 1994–2006.

Der Regionalrat löste mit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 19. Januar 1994 über die Verstärkung der politischen Mitwirkung des Berner Juras und der französischsprachigen Bevölkerung des Amtsbezirks Biel (Gesetz über die politische Mitwirkung, MBJG, BSG 104.1) den bernjurassischen Gemeindeverband Fédération des communes du Jura bernois ab. Er setzte sich aus den Grossratsmitgliedern des Berner Juras, den französischsprachigen Grossratsmitgliedern des Amtsbezirks Biel und den Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthaltern der Amtsbezirke Courtelary, Moutier, Neuenstadt und Biel zusammen. Er war befugt, zu allen Beschlüssen, die den Berner Jura besonders betreffen, Stellungnahmen abzugeben und Anträge zu stellen. 1999 veröffentlichte er einen Bericht über die Massnahmen zur fortschreitenden Autonomisierung des Berner Juras, in dem das Modell eines «neuen Regionalrats» befürwortet wurde.

Stadt Biel

Obwohl der RFB hauptsächlich auf kantonale Angelegenheiten ausgerichtet ist, übernimmt er insbesondere über sein Generalsekretariat auch mehrere vertraglich geregelte Aufgaben für die Stadt Biel. Der Stadtrat wählt die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Biel im RFB, wobei drei der elf Sitze Gemeinderatsmitgliedern vorbehalten sind.

Verein seeland.biel/bienne (s.b/b)

Regionale Plattform, die alle 61 Gemeinden der Verwaltungsregion Seeland vereint. Sie handelt als beratender Partner für die Regionalförderung sowie für die Koordination von interkommunalen Projekten (z. B. Raumplanung) und vertritt die Interessen der Region. Über die Agglomerationskonferenz Biel wählt sie die fünf RFB-Mitglieder, die die 17 deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises Biel/ Bienne vertreten.

Präsidium und Generalsekretariat

JAHR	PRÄSIDENZ	VIZEPRÄSIDENZ	GENERALSEKRETÄR/-IN	ASSISTENTIN DER GENERALSEKRETÄRIN/ DES GENERALSEKRETÄRS
2006-2007	Béatrice Sermet-Nicolet	Marcel Guélat	Marc Roethlisberger	Aurélie Gouillon
2008	Béatrice Sermet-Nicolet	Marcel Guélat	Marc Roethlisberger	Aurélie Gouillon
2009	Béatrice Sermet-Nicolet	Marcel Guélat	Marc Roethlisberger / David Gaffino	Aurélie Gouillon / Sabrina Salupo
2010	Béatrice Sermet-Nicolet / Philippe Garbani	Marcel Guélat / Pierrette Berger-Hirschi	David Gaffino	Sabrina Salupo
2011	Philippe Garbani	Pierrette Berger-Hirschi	David Gaffino	Sabrina Salupo
2012	Philippe Garbani	Pierrette Berger-Hirschi	David Gaffino	Sabrina Salupo
2013	Philippe Garbani	Pierrette Berger-Hirschi	David Gaffino	Ana Gonzalez
2014	Philippe Garbani / Pierrette Berger-Hirschi	Pierrette Berger-Hirschi / Pierre Ogi	David Gaffino	Ana Gonzalez
2015	Pierrette Berger-Hirschi	Pierre Ogi	David Gaffino	Ana Gonzalez
2016	Pierrette Berger-Hirschi	Pierre Ogi	David Gaffino	Ana Gonzalez
2017	Pierrette Berger-Hirschi	Pierre Ogi	David Gaffino	Ana Gonzalez
2018	Pierrette Berger-Hirschi	Pierre Ogi	David Gaffino / Stéphanie Bailat	Ana Gonzalez
2019	Pierrette Berger-Hirschi	Pierre Ogi	Stéphanie Bailat	Ana Gonzalez
2020	Pierrette Berger-Hirschi	Pierre Ogi	Stéphanie Bailat	Ana Gonzalez
2021	Pierrette Berger-Hirschi	Pierre Ogi	Stéphanie Bailat	Ana Gonzalez
2022	Ariane Tonon	Monique Esseiva-Thalmann	Stéphanie Bailat	Mélissa Imhof
2023	Ariane Tonon	Monique Esseiva-Thalmann / Maurice Paronitti	Stéphanie Bailat	Mélissa Imhof
2024	Ariane Tonon	Maurice Paronitti	Stéphanie Bailat / Aurélie Landry	Mélissa Imhof
2025	Ariane Tonon	Maurice Paronitti	Aurélie Landry	Mélissa Imhof
2026	Ariane Tonon / Renaud Lieberherr	Maurice Paronitti	Aurélie Landry	Melissa Imhof / Stéphanie Wavre

Mitgliederlisten

NAME	VORNAME	GEMEINDE	(GGF.) PARTEI	MANDAT	BÜRO	KULTURKOMMISSION	KOMMISSION BILDUNG, GESUNDHEIT UND SOZIALES	KOMMISSION «BEZIEHUNGEN ZU DEN DEUTSCH-SPRACHIGEN GEMEINDEN DES VERWALTUNGSKREISES BIEL/BIENNE»	BIELER JURADELEGATION (DBAJ, GEMISCHTES ORGAN: RFB, BIEL/ BIENNE, LEUBRINGEN)
Beck	Muriel	Biel/Bienne	GRÜNE	2006–2009					
Gurtner	Roland	Biel/Bienne	Passerelle	2006–2010		2009–2010	2009–2010 (Präs.)		
Lanève-Gujer	Liliane	Biel/Bienne	GRÜNE	2009–2010					
Stöckli	Hans	Biel/Bienne	SP	2006–2011					2010–2011
Merazzi	Marlyse	Biel/Bienne	PSR	2006–2012			2009–2012 (VP. 2009–2010, Präs. 2010–2012)		
Donzé	Pablo	Biel/Bienne	GRÜNE	2010–2012			2010–2012		
Moeschler	Pierre-Yves	Biel/Bienne	PSR	2006–2013	2006–2013	2006–2009	2006–2013		2010–2013
Bernasconi-Neuhaus	Ariane	Biel/Bienne	PRR	2006–2014		2006–2014 (Präs. 2006–2014)			
Guélat	Marcel	Biel/Bienne	CVP	2006–2014	2006–2014 (VP 2006–2010)		2006–2014 (Präs. 2006–2010, VP. 2010–2014)		
Garbani	Philippe	Biel/Bienne	PSR	2010–2014	2010–2014 (Präs. 2010–2014)	2010–2014			2010–2014 (Präs. 2011–2014)
Grünenwald	Samuel	Biel/Bienne	EDU	2010–2014		2010–2014			
Nussbaumer	Daniel	Leubringen	-	2007–2015					2011–2014–2015
Liengme	Marcel	Leubringen	-	2006–2018	2006–2018	2014–2018	2012–2018 (Präs.)		2015–2023
Simon	Fatima	Biel/Bienne	GRÜNE	2006–2018		2009–2018			
Vuille	André	Biel/Bienne	PPB	2014–2018			2014–2018		2015–2018
de Montmollin	André	Biel/Bienne	PSR	2012–2020	2014–2020		2013–2014		2015–2020
Némitz	Cédric	Biel/Bienne	PSR	2013–2021	2013–2014				2013–2021
Berger-Hirschi	Pierrette	Biel/Bienne	PRR	2006–2022	2006–2022 (VP 2010–2014, Präs. 2014–2022)				2010–2022
Sermet-Nicolet	Béatrice	Biel/Bienne	PSR	2006–2022	2006–2010 (Präs. 2006–2010)	2006–2022 (Präs. 2006–2009 et 2014–2022, VP 2010–2014)	2009–2022		2010–2015
Steidle	Silvia	Biel/Bienne	PRR	2006–2022					2013–2022
Ogi	Pierre	Biel/Bienne	PSR	2014–2022	2014–2022 (VP 2014–2022)	2018–2022			
Blaser	Mélanie	Nidau	PRR	2018–2022		2018–2022			2021–2022
Gueniat	Laetitia	Pieterlen	-	2018–2022	2018–2022			2020–2022	
Oberholzer	Pascal	Biel/Bienne	PSR	2020–2022					
Esseiva-Thalmann	Monique	Biel/Bienne	Die Mitte (CVP)	2006–2023	2012–2023 (VP 2022–2023)		2006–2011	2020–2023	

Mitgliederlisten

NAME	VORNAME	GEMEINDE	(GGF.) PARTEI	MANDAT	BÜRO	KULTURKOMMISSION	KOMMISSION BILDUNG, GESUNDHEIT UND SOZIALES	KOMMISSION «BEZIEHUNGEN ZU DEN DEUTSCH-SPRACHIGEN GEMEINDEN DES VERWALTUNGSKREISES BIEL/BIENNE»	BIELER JURADELEGATION (DBAJ, GEMISCHTES ORGAN: RFB, BIEL/BIENNE, LEUBRINGEN)
Fehr	Erich	Biel/Bienne	PSR	2011–2024					SR Biel 2011–2024 (prés. 2014–2024)
Hamdaoui	Mohamed	Biel/Bienne	PSR	2024–2024				2024	
Tonon	Ariane	Biel/Bienne	GRÜNE	2012–2026	2020–2026 (Präs. 2022–2026)	2018–2022	2012–2018 (VP 2014–2018)		2022–2026
Dutoit	Jean-Pierre	Nidau	PRR	2018–2026	2024–2026	2022–2026 (VP 2022–2026)	2018–2021 (VP 2018–2021)	2020–2026 (Präs. 2020–2026)	2022
Graf	René	Orpund	SP	2018–2026			2021–2026 (VP 2023–2026)		
Addo	Amanda	Biel/Bienne	PSR	2022–2026		2022–2026			
Comment	Alina Mihaela	Schwadernau	-	2022–2026		2022–2026			
Ingold	Elisabeth	Twann	GRÜNE	2022–2026	2022–2026			2022–2026	
Bord	Pascal	Biel/Bienne, dann Pieterlen	SVP, später PRR	2014–...			2014–..., (Präs. 2018–...)		RFB 2014–...
Paronitti	Maurice	Biel/Bienne	PRR	2014–...	2022–... (VP 2024–...)	2014–2022			RFB 2026–...
Deckert	Madeleine	Leubringen	-	2015–...		2016–2018	2018–...		GR Leubringen 2018–...
Bärtschi	Guy	Leubringen	-	2018–...	2018–...			2020–...	GR Leubringen 2023–...
Schneider	Christine	Bellmund	-	2018–...			2018–...	2020–... (Präs. 2026–..., VP 2023–2026)	
Gonzalez Bassi	Glenda	Biel/Bienne	PSR	2021–...					SR Biel 2021–...
Brault	Julien	Biel/Bienne	SVP	2022–...		2022–...			
Gschwind	Nicolas	Biel/Bienne	PSR	2022–...		2022–... (Präs. 2022–...)			2022–2026
Lieberherr	Renaud	Biel/Bienne	PSR	2022–...	2022–... (Präs. 2026–...)		2022–2026		CAF 2026–...
Pittet	Natasha	Biel/Bienne	PRR	2023–...					SR Biel 2023–...
Lo Curto	Sandra	Biel/Bienne	Die Mitte	2024–...				2024–...	
Tanner	Anna	Biel/Bienne	PSR	2025–...					SR Biel 2026–...
Ben Amor	Amira	Port	PSR	2026–...		2026–...		2026–...	
Buhagiar	Alain	Nidau	GLP	2026–...		2026–...		2026–...	
Calderara Grunder	Jennifer	Brügg	-	2026–...	2026–...			2026–...	
Corbaz	Catherine	Biel/Bienne	GRÜNE	2026–...	2026–...		2026–...		
Mangeat	Claudine	Biel/Bienne	PSR	2026–...			2026–...		
Varrin	Océane	Biel/Bienne	PRR	2026–...		2026–...			

Chronologie

2006

Inkrafttreten des Sonderstatutsgesetzes und Gründung des RFB und des BJR.

Wahl der fünfzehn RFB-Mitglieder. Béatrice Sermet-Nicolet wird Präsidentin.

2007

Marc Roethlisberger wird erster Generalsekretär des RFB.

2008

Der RFB engagiert sich für den Erhalt des HEP-BEJUNE-Standorts in Biel und setzt sich im Vorfeld der kantonalen Abstimmung für den Beitritt des Kantons Bern zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule (HarmoS-Konkordat) ein.

Der Kanton unterstützt den Verein aJir. Aus diesem Grund spricht auch die Stadt Biel einen Beitrag, den sie vorher abgelehnt hatte.

Der RFB erhält die Befugnis, Vorabstellungnahmen zur Gewährung von Lotteriefondsmitteln abzugeben.

2009

Die Stadt Biel beschliesst, ihre Zusammenarbeit mit dem RFB auszubauen.

Marc Roethlisberger verlässt das Generalsekretariat. David Gaffino wird neuer Generalsekretär.

Um im Zusammenhang mit der Jurafrage mit einer Stimme zu sprechen, beteiligt sich der RFB an der Gründung der Bieler Juradelegation (DBAJ), in der Mitglieder der Gemeinderäte von Biel und Leubringen sowie Mitglieder des RFB vertreten sind.

Neues Dekret zur Regelung der Simultanverdolmetschung bei öffentlichen Verhandlungen in der Gerichtsregion Berner Jura-Seeland. Ein gemeinsamer Erfolg für den RFB und den BJR (Inkrafttreten: 2011). Allerdings lehnt der Grosse Rat entgegen dem Antrag der Deputation das Jugendrichtermodell ab.

2010

Dass der neue Sitz des Regierungsstatthalteramts in Nidau, also ausserhalb des zweisprachigen Gebiets liegt, beunruhigt den RFB. Er fordert daher eine Stellvertreterstelle für den Fall, dass eine deutschsprachige Person Regierungsstatthalter/-in wird.

Veröffentlichung des neuen Kulturleitbilds des RFB und Mitwirkung an der Überarbeitung des kantonalen Kulturförderungsgesetzes.

Eine gemeinsame Stellungnahme der Stadt Biel, des RFB und des Forums für die Zweisprachigkeit bewirkt, dass das Regionalbüro von Keystone-SDA-ATS in Biel bleibt.

Beibehaltung der Pflicht, dass Hochschulreglemente übersetzt werden müssen.

RFB-Wahlen für die zweite Legislaturperiode: Philippe Galbani wird Präsident.

2011

Auftrag nach der Veröffentlichung des Schlussberichts der IJV für eine Zusatzstudie über die Folgen für Biel und seine Zweisprachigkeit im Falle eines Kantonswechsels des Berner Juras.

Erste Jahrgänge der zweisprachigen Primarschulausbildung «filières bilingues» (FiBi). Der RFB gibt Empfehlungen ab und verfolgt aufmerksam die Entwicklungen in diesem Bereich.

2012

Die Zweisprachigkeit des Spitalzentrums Biel wird gemäss dem Vorschlag des RFB im Rahmen der Vernehmlassung offiziell im Spitalversorgungsgesetz verankert. Auf dieser Grundlage setzt sich der RFB beim Kanton für eine finanzielle Unterstützung zugunsten der Zweisprachigkeit an Spitälern ein, die ab 2013 gefährdet scheint.

Der RFB und das Forum für die Zweisprachigkeit beteiligen sich an der Arbeitsgruppe zum eidgenössischen Sprachengesetz unter der Leitung der Staatskanzlei in Bern. Dank dieses koordinierten Vorgehens können Bieler Projekte, wie etwa das Filmfestival FFFH, bei der Verteilung der Bundesbeiträge an zweisprachige Kantone gut positioniert werden.

Klärung der Mitwirkung des RFB und des BJR bei der Besetzung von Kaderstellen in der Kantonsverwaltung.

Vereinbarung über die kommunalen Aufgaben des RFB, in der die finanzielle Beteiligung der zweisprachigen Gemeinden am Betrieb des RFB-Generalsekretariats für die Erfüllung von spezifischen, kommunalen Aufgaben geregelt wird. Der Beschäftigungsgrad der Generalsekretärin/des Generalsekretärs wird entsprechend erhöht.

2013

Erstellung eines «Überblicks über die Berufsbildung im französischsprachigen Teil des Kantons Bern», der eine Bestandsaufnahme der Ausbildungsangebote liefert und es ermöglicht, den auffälligen Mangel an Lehrstellen in einigen Branchen in Biel zu beziffern und zu dokumentieren.

Die vom Kanton angekündigten Sparmassnahmen ASP 2014 werden vom RFB als Misstrauensbekundung empfunden. Trotz zahlreicher Bemühungen gelingt es ihm nicht, sich Gehör zu verschaffen. Die Umstrukturierung des Gymnasiums, die Schliessung des integrierten Studiengangs an der Wirtschaftsmittelschule, die Aufhebung der Grafiker-Grundausbildung sowie die Schliessung des Gymnasiums Alpenstrasse werden ab 2014 rechtskräftig. Die Lage der französischsprachigen Schülerinnen und Schüler, die bereits unter dem Lehrstellenmangel leiden, droht, sich weiter zu verschlechtern.

Mit dem Inkrafttreten des neuen kantonalen Kulturförderungsgesetzes (KKFG) ist der RFB an der Gewährung höherer Förderbeiträge für bestimmte Kulturprojekte beteiligt. Er war bereits 2010 für die ersten Arbeiten zu diesem Gesetz konsultiert worden.

Im Rahmen der regionalen Abstimmung über die Schaffung eines neuen, aus dem Berner Jura und dem Kanton Jura bestehenden Kantons behalten der RFB und die DBAJ ihre Haltung der «aktiven Neutralität». Der RFB beteiligt sich an den Arbeiten des Projekts «Status quo plus».

Die Zweisprachigkeit von Biel/Bienne wird ins Inventar der lebendigen Traditionen des Bundesamts für Kultur aufgenommen.

2014

RFB-Wahlen für die dritte Legislaturperiode: Pierrette Berger-Hirschi wird Präsidentin.

Angesichts des gravierenden Mangels an französischsprachigen Lehrstellen in Biel setzt sich der RFB zum Ziel, zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in der Region beizutragen. Die Ergebnisse sind sofort spürbar: Die Anzahl besetzter Lehrstellen steigt innerhalb eines Jahres von 24 auf 29 Prozent. Der RFB verspricht, seine Bemühungen in diesem Bereich langfristig fortzusetzen. Diese Projekte werden im Rahmen des eidgenössischen Sprachengesetzes unterstützt.

2015

Umsetzung der «Status-quo-plus-Massnahmen», an denen die DBAJ seit 2012 arbeitet: Schaffung einer Kulturbeauftragtenstelle im BJR (ab 2016); Erweiterung des RFB-Wirkungskreises (ab 2018).

Der RFB erweitert im Rahmen der Umstrukturierung des kantonalen Amts für Kultur seine Befugnisse im Kulturbereich. Seine Vorabstellungnahmen sind neu aufgrund von Kriterien zur Unterstützung für Projekte zur Förderung der Zweisprachigkeit bindend.

2016

Konkretisierung des Projekts zur Renovierung des Theaters «Palace», das 2006 begonnen wurde und sich ab 2013 beschleunigt. Intensive Lobbyarbeit bei Behörden und Bevölkerung ermöglicht schliesslich die Genehmigung des nötigen Kredits. Gleichzeitig unterstützt der RFB auch die Gründung des fOrum culture (ehemaliges Bühnenkunstnetzwerk ARS).

RFB und BJR feiern ihr zehnjähriges Bestehen im Theater Palace in Biel.

2017

Schock bei der Einweihung des Ostastes der A5: Die Autobahnschilder sind ausschliesslich auf Deutsch! Nach zweijährigen Verhandlungen werden die neuen zweisprachigen Schilder schliesslich Ende 2019 angebracht.

Abstimmung in Moutier zum Kantonswechsel; der RFB verfolgt über die DBAJ weiterhin seine Politik der «aktiven Neutralität». Die Abstimmung wird 2018 für ungültig erklärt und 2021 wiederholt und angenommen. Moutiers Wechsel zum Kanton Jura soll offiziell per 1. Januar 2026 erfolgen. In den Folgejahren begleitet der RFB die den für Sommer 2027 geplanten Umzug des ceff ARTISANAT von Moutier nach Biel.

Der RFB stellt sich gegen mehrere vom Grossen Rat beschlossene Sparmassnahmen beim Budget 2018. Die Unterstützungsbeiträge des Bundes für mehrsprachige Kantone werden 2017 aufgrund von Sparmassnahmen um 30 Prozent gekürzt.

2018

RFB-Wahlen für die vierte Legislaturperiode: Pierrette Berger-Hirschi bleibt Präsidentin. Im gleichen Jahr verlässt David Gaffino das Generalsekretariat. Stéphanie Bailat wird neue Generalsekretärin.

Die im Rahmen der Verhandlungen zum Projekt «Status quo plus» beantragte und 2014 genehmigte Erweiterung des Wirkungskreises des RFB auf alle Gemeinden des Verwaltungskreises Biel/Bienne ist nun rechtskräftig.

Der Schlussbericht der Expertenkommission zur kantonalen Zweisprachigkeit wird im November veröffentlicht. Der RFB war auf mehreren Ebenen an dessen Ausarbeitung beteiligt. Er setzt sich zudem für die Umsetzung einiger der 46 im Bericht formulierten Empfehlungen ein (26 davon wurden vom Regierungsrat übernommen).

Zusammen mit dem BJR erreicht der RFB, dass sechs neue Notunterkunftsplätze für französischsprachige Jugendliche aus der Region geschaffen werden sollen. Dieses Dossier wurde bereits seit 2014 politisch unterstützt, um die Ungleichbehandlung der Französischsprachigen zu beheben. Die Plätze werden schliesslich 2019 eröffnet, und der RFB verfolgt dieses Dossier weiter.

Das Forum für die Zweisprachigkeit zieht um und verlässt das Haus der Zweisprachigkeit.

Abschluss der Renovierung und Einweihung des neuen Theaters Palace unter dem Namen Nebia.

2020

Neue Ad-hoc-Kommission des RFB für die Beziehungen zu den deutschsprachigen Gemeinden. Sie wird 2026 als «Kommission Beziehungen zu den deutschsprachigen Gemeinden des Verwaltungskreises Biel/Bienne (CoReCo)» verstetigt.

Während der Covid-19-Pandemie übernimmt der RFB, in Zusammenarbeit mit dem BJR und dem Kanton, die Rolle eines Vermittlers von Informationen zwischen Künstlern und Behörden. Er bearbeitet weiterhin die Beitragsgesuche, um die Fortführung der Aktivitäten im Kulturbereich zu gewährleisten. 2021 unterstützt der RFB ausserdem die Transformationsprojekte von Kulturakteuren, die nach der Pandemie eine strukturelle Neuausrichtung vornehmen oder ihr Publikum zurückgewinnen möchten.

2022

RFB-Wahlen für die fünfte Legislaturperiode: Ariane Tonon wird Präsidentin.

2023

Verleihung des ersten kantonalen Preises für Zweisprachigkeit in der Kultur, der im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen des Expertenberichts zur Zweisprachigkeit ins Leben gerufen und vom RFB begleitet wurde.

Die Bieler Stimmberechtigten stimmen dem totalrevidierten Reklame-Reglement zu, das zweisprachige Aussenwerbungen vorschreibt. Der RFB hat sich seit 2014 für dieses Anliegen stark gemacht.

2024

Studie zur Zweisprachigkeit in den Gemeinden der Verwaltungskreise Biel/Bienne und Seeland, in Zusammenarbeit mit dem Forum für die Zweisprachigkeit und dem Verein seeland.biel/bienne, veröffentlicht im Jahr 2025.

Stéphanie Bailat verlässt das Generalsekretariat. Aurélie Landry wird neue Generalsekretärin.

Der RFB unterstützt die Einführung von Massnahmen für den Zugang zu Informationen in beiden Amtssprachen für Personen, die am kantonalen Integrationsprogramm (KIP) teilnehmen. Auf der Grundlage des eidgenössischen Sprachengesetzes unterstützt er zudem Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, wie beispielsweise effe und Multimondo.

2026

Zum ersten Mal wird der französischsprachigen Bevölkerung des zweisprachigen Wahlkreises Biel-Seeland ein fünfter Sitz im Grossen Rat garantiert. Der RFB hat sich für die Erlangung dieses Sitzes eingesetzt und war an den Arbeiten zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte beteiligt, die 2024 abgeschlossen wurden.

RFB-Wahlen für die sechste Legislaturperiode: Renaud Lieberherr wird Präsident.

Anmerkungen

[1] Sermet-Nicolet, B. (2006), Un pas historique. Le conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne (CAF), enjeux et défis, Bieler Jahrbuch 2006, S. 77.

[2] Sermet-Nicolet, B. (2006), op. cit. S. 78.

[3] Rieder, K. (2024), Zweisprachigkeit in Biel/Bienne, Die lebendigen Traditionen in der Schweiz.

[4] Brohy, C. (2009), Entre protection des minorités et promotion du plurilinguisme en Suisse: mesures et dispositifs, Feytor Pinto et. Al. (eds), Direito, Língua e Cidadania Global. Lisboa; Meune, M. (2012), Au-delà du Röstigraben: langues, minorités et identités dans les cantons suisses bilingues, Chêne-Bourg: Georg; Rieder, K. (2024), op. cit.

[5] Sermet-Nicolet, B. (2006), op. cit.; Gaffino, D. (2013), Question jurassienne : neutralité n'est pas désintérêt, Bieler Jahrbuch 2006, S. 140–142; Gaffino, D. (2016), Le CAF : dix ans de soutien aux francophones, Bieler Jahrbuch 2016, S. 114–121; Gaffino, D. (2017), Les francophones de Bienne, Moutier et l'AIJ, Bieler Jahrbuch 2017, S. 101–103; Gaffino, D. (2017), Le bilinguisme passe par la formation professionnelle, Bieler Jahrbuch 2017, S. 85–91; Gaffino, D. (2018), Bilinguisme à Bienne et dans le canton : Le poids des chiffres, Bieler Jahrbuch 2018, S. 109–112; Bailat, S. (2019), Signaler l'identité bilingue de Bienne, Bieler Jahrbuch 2019, S. 131–134.

[6] RFB-Geschäftsbericht 2017, S. 22.

[7] Das Archiv des RFB umfasst zahlreiche Sitzungsprotokolle, Korrespondenzen sowie verschiedene Berichte und Zeitungsausschnitte. Es wurde bislang weder hinterlegt noch inventarisiert. Im Rahmen dieses Projekts konnten die Bestände daher nur punktuell herangezogen werden.

[8] BSG 102.1

[9] Brohy, C. (2009), op. cit. S. 313.

[10] Chatelain, E. Bernjurassischer Rat (BJR), Lexikon des Jura (DIJU), unter: Lexikon des Jura / Dictionnaire du Jura – Bernjurassischer Rat BJR.

[11] R BJR-RFB (BSG 102.111.3), GO BJR (BSG 102.111.1), GO RFB (BSG 102.111.2).

[12] Gaffino, D. (2016), Biel/Bienne bilingue dans le miroir de 1815, Actes de la Société jurassienne d'émulation, S. 170.

[13] Bundesamt für Statistik (BFS), Sprachen, URL: https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/sprachen-religionen/sprachen.html.

[14] Gaudio, J. (7.4.2025), Bienne, une ville séduisante pour les francophones et les étrangers, Ajour.

[15] Einwohnerregister der Stadt Biel, 31.12.2025.

[16] Kanton Bern, Sprachen, unter: https://www.fin.be.ch/de/start/themen/OeffentlicheStatistik/bevoelkerungsstatistik/sprachen.html.

[17] Chatelain, E., Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB), Lexikon des Jura (DIJU), unter: https://www.diju.ch/d/notices/detail/5427-rat-fur-franzosischsprachige-angelegenheiten-des-zweisprachigen-amtsbezirks-biel-rfb.

[18] Art. 14 des Sonderstatutsgesetzes (SStG).

[19] RFB-Geschäftsbericht 2009, S. 16 und 33.

[20] Gaffino, D. (2016), op. cit., S. 117.

[21] Alle diese Partner sind im Glossar im Anhang umschrieben.

[22] RFB, Medienmitteilung vom 16.6.2026, «Renaud Lieberherr ist neuer Präsident des RFB».

[23] Rieder, K. (2024), op. cit.

[24] Das «Bieler Modell» wurde in den 1980er-Jahren vom Sprachwissenschaftler Gottfried Kolde definiert. Es zeichnet sich dadurch aus, dass ein Gespräch in der Sprache der Person fortgesetzt wird, die es initiiert, auch wenn der Gesprächspartner die andere Sprache perfekt beherrscht. Es wurde von Sarah Jane Conrad und Daniel Elmiger in ihrer Studie «Gelebte Zweisprachigkeit in Biel-Bienne» aus dem Jahr 2007 untersucht.

[25] Vgl. auch: Späti, C. (2015), Sprache als Politikum. Ein Vergleich der Schweiz und Kanadas seit den 1960er-Jahren, Augsburg.

[26] Gaffino, D. (2016a), op. cit., S. 174.

[27] Ibidem.

[28] Schuler M., Noirjean S. et al. (2011), Rapport final: Quelles perspectives pour Bienne et son bilin-

guisme ? Examen des éventuelles conséquences d'un départ du Jura bernois du Canton de Berne. Communauté d'études pour l'aménagement du territoire (CEAT), Lausanne, S. 74.

[29] Ibidem.

[30] Schuler M., Noirjean S. et al. (2011), op. cit. S. 17.

[31] Gaffino, D. (2017a), op. cit., S. 101.

[32] Für einen Überblick über die Geschichte der Jurafrage bis zur Gründung des Kantons Jura vgl. Hauser, C. (2004), L'aventure du Jura: cultures politiques et identité régionale au XXe siècle, Lausanne: Antipodes.

[33] RTS (15.09.1992), Bienne, toujours bastion du bilinguisme ?

[34] Dieses und folgende Zitate: ATS (6.5.1992). La ville de Bienne a présenté son rapport sur le bilinguisme. Les Romands défendent leur place, La Liberté.

[35] Gaffino, «Biel/Bienne bilingue dans le miroir de 1815», op. cit.

[36] Kästli, T. und Gaffino, D. (2013), Bieler Geschichte. Teil 4. Erster Weltkrieg bis heute (1914–2012), Baden: hier+jetzt, S. 1002.

[37] Forum für die Zweisprachigkeit, Barometer 1998, 2009, 2016 und 2026 (noch nicht erschienen).

[38] Hauser, C. (2004), op. cit.

[39] Haenni, D. (1993), Die Romands im Kanton Bern. Bericht zuhanden des Regierungsrates des Kantons Bern, Staatsarchiv, Signatur: A 03.3.56.

[40] Interjurassische Versammlung (IJV) (2017), Au service du dialogue interjurassien. Bilan d'une institution inédite (1994–2017), S. 93–97.

[41] Status des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel: Stadtrat, Entwurf, Vernehmlassung. Bieler Stadtarchiv (Gemeinderat), Signatur: 20010019.

[42] Gespräch mit Pierrette Berger-Hirschi, 24.8.1994.

[43] Stadt Biel und Gemeinde Leubringen (28.9.2001), Status des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel. Schlussbericht der von den Gemeinderäten Biel und Leubringen eingesetzten Projektorganisation, S. 4 (nur auf Französisch).

[44] Idem.

[45] Staatskanzlei des Kantons Bern (14.2.2002), Studie des Amts für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR) der Staatskanzlei betreffend das Sonderstatut des Berner Juras, Staatsarchiv des Kantons Bern. Signatur: A 03.4.68, S. 27.

[46] Gemeinderäte Evilard/Leubringen und Biel/Bienne, Entwurf Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel, Vernehmlassungsverfahren, 6.6.2003, Stadtarchiv Biel (Gemeinderat), Signatur: 20010019.

[47] Verfasst durch Pierrette Berger-Hirschi. Stadt Biel und Gemeinde Leubringen (25.10.2002), Status des zweisprachigen Amtsbezirkes Biel. Zweite Projektphase: Analyse der Berichte der Arbeitsgruppen im Hinblick auf die Schlussfolgerungen, die sich für die Gemeinden, den Kanton Bern und den Bund ergeben, 25.10.2002, Bieler Stadtarchiv (Gemeinderat), Signatur: 20010019.

[48] Rieder, K. (2024), op. cit.

[49] Idem.

[50] Gespräch mit Gérard Caussignac, 12.6.2026.

[51] Von der Staatskanzlei des Kantons Bern zitiertes Schreiben vom 6.3.2003 an die regierungsrätliche Juradelegation (2004), Gemeinsamer Antrag des Regierungsrates und der Kommission: Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatutsgesetz, SStG), S. 9.

[52] Stadt Biel und Gemeinde Leubringen (28.9.2001), op. cit.

[53] Sermet-Nicolet, B. (2006), op. cit.

[54] RFB-Geschäftsbericht, 2007, S. 5.

[55] Gutachten von Rechtsprofessor Ulrich Zimmerli im Auftrag der regierungsrätlichen Juradelegation, vgl. Staatskanzlei des Kantons Bern, op. cit, S. 9.

[56] Stadt Biel und Gemeinde Leubringen (28.9.2001), op. cit.

[57] Tagblatt des Grossen Rates (14. bis 24. Juni 2004), S. 611.

[58] Die Liste der Kaderfunktionen ist in der Sonderstatutsverordnung (SStV) festgelegt. Sie wurde im Laufe der Zeit schrittweise ergänzt, bis im Jahr 2009 eine vollständige Aktualisierung erfolgte. RFB-Geschäftsbericht 2006/2007, S. 14.

[59] RFB-Geschäftsbericht 2006/2007, S. 16.

[60] RFB-Geschäftsbericht 2008, S. 26.

[61] RFB-Geschäftsbericht 2008, S. 28. RFB-Geschäftsbericht 2011, S. 25.

[62] RFB-Geschäftsbericht 2006/2007, S. 5.

[63] RFB-Geschäftsbericht 2008, S. 5.

[64] RFB-Geschäftsbericht 2008, S. 34.

[65] Gespräch mit Béatrice Sermet-Nicolet, 26.6.2026.

[66] RFB-Geschäftsbericht 2008, S. 13.

[67] Sermet-Nicolet, B. (2006), op. cit., S. 79.

[68] RFB-Geschäftsbericht 2009, S. 6.

[69] Ibidem.

[70] S. n. (2026), Avenir Berne romande verleiht dem Kanton Bern neuen Schwung, BE-Info, unter: https://www.beinfo.sites.be.ch/de/start/rubriken/red-und-antwort/red-und-anwort-202206-Gaffino.html.

[71] RFB-Geschäftsbericht 2012, S. 10. In der Folge setzt sich der RFB weiterhin dafür ein, dass insbesondere dem Spitalzentrum Biel (SZB) finanzielle Mittel zur konkreten Umsetzung dieser Zweisprachigkeit zugewiesen werden.

[72] RFB-Geschäftsbericht 2010, S. 27 f.

[73] RFB-Geschäftsbericht 2009, S. 24; RFB-Geschäftsbericht 2010, S. 20/23/26.

[74] Interjurassische Versammlung (IJV) (2017), op. cit., S. 12.

[75] Gogniat, E., Interjurassische Versammlung (IJV), Lexikon des Jura (DIJU), unter: https://diju.ch/d/notices/detail/6125-interjurassische-versammlung-ijv.

[76] Interjurassische Versammlung (IJV) (2017), op. cit., S. 97.

[77] Schuler M., Noirjean S. et al. (2011), op. cit.

[78] Ibid., S. 21.

[79] RFB-Geschäftsbericht 2013, S. 7.

[80] RFB-Geschäftsbericht 2014, S. 26 f.

[81] Gaffino, D. (2016b), op. cit., S. 115.

[82] RFB-Geschäftsbericht 2013, S. 16.

[83] RFB-Geschäftsbericht 2015, S. 6.

[84] Gaffino, D. (2017b), op. cit.

[85] Ibidem.

[86] Im Zuge des Projekts «Status quo plus» werden zwei Kulturbeauftragtenstellen geschaffen: eine im BJR und eine im kantonalen Amt für Kultur. RFB-Geschäftsbericht 2015, S. 23.

[87] RFB-Geschäftsbericht 2015, S. 30.

[88] RFB-Geschäftsbericht 2013, S. 27.

[89] RFB-Geschäftsbericht 2016, S. 25.

[90] RFB-Geschäftsbericht 2013, S. 6.

[91] RFB-Geschäftsbericht 2018, S. 24.

[92] Gaffino, D. (2016b), op. cit.

[93] Gespräch mit Pierrette Berger-Hirschi, 24.8.2026.

[94] Ziel, das in den Geschäftsberichten 2018 bis 2020 bestehen bleibt.

[95] Der Wirkungskreis des RFB wurde 2018 für einen provisorischen Zeitraum von einer Legislaturperiode (Legislaturperiode 2018–2022) auf den gesamten Verwaltungskreis Biel/Bienne ausgedehnt. Die Erweiterung dieses Wirkungskreises wurde dauerhaft, nachdem der Grosse Rat am 8.3.2021 die Revision des Sonderstatutsgesetzes (SStG) angenommen hatte. RFB-Geschäftsbericht 2023, S. 41.

[96] RFB-Geschäftsbericht 2021, S. 8.

[97] RFB-Geschäftsbericht 2025, S. 31; Forum für die Zweisprachigkeit (2025), Barometer der Zweisprachigkeit in den Gemeinden der Region Biel-Seeland, unter: https://www.caf-bienne.ch/fileadmin/

typo-caf/files/communiques_de_presses/2024/bericht_barometer_gemeinden_seeland_biel_def.pdf.

[98] RFB-Geschäftsbericht 2018, S. 2.

[99] RFB-Geschäftsberichte 2018–2021.

[100] Bailat, S. (2019), op. cit.

[101] RFB-Geschäftsbericht 2020, S. 26.

[102] RFB-Geschäftsbericht 2021, S. 29.

[103] RFB-Geschäftsbericht 2020, S. 7.

[104] Bericht der Expertenkommission über die Zweisprachigkeit (30.08.2018), Schlussbericht zuhanden des Regierungsrates des Kantons Bern.

[105] RFB-Geschäftsbericht 2018, S. 25. Die Bieler Juradelegation schlägt indessen vor, auch die Zweisprachigkeit im Detailhandel zu berücksichtigen. Der Regierungsrat übernimmt 26 der empfohlenen Massnahmen, RFB-Geschäftsbericht 2021, S. 28.

[106] RFB-Geschäftsberichte 2018–2022.

[107] RFB-Geschäftsbericht 2021, S. 28.

[108] RFB-Geschäftsbericht 2023, S. 27.

[109] RFB-Geschäftsbericht 2022, S. 4.

[110] Barometer der Zweisprachigkeit im Kulturbereich der Stadt Biel (2025), Studie des Forums für die Zweisprachigkeit, und Studie des Forschungszentrums für angewandte Wirtschaft der Universität Lausanne (CREA) über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bieler Kulturinstitutionen (nur auf Französisch); beide Studien im Auftrag der Stadt Biel. RFB-Geschäftsbericht 2025, S. 26.

[111] RFB-Geschäftsbericht 2024, S. 12.

[112] RFB-Geschäftsbericht 2025, S. 33.

[113] RFB: Strategische Stossrichtungen 2022–2026.

[114] Gaudio, J. (7.4.2025), op. cit.

[115] RFB-Geschäftsbericht 2023, S. 22.

[116] RFB-Geschäftsbericht 2023, S. 11.

[117] Die DBAJ hatte diesen Vorschlag 2024 unterstützt, stellte jedoch einige Bedingungen: «1) keine Konkurrenz zwischen dem ceff und den anderen Schulen schaffen, die bereits auf Bieler Boden ansässig sind, 2) die Ansiedlung des ceff ARTISANAT mit konkreten Massnahmen zur Förderung der Schaffung von Lehrstellen in Biel begleiten und 3) vermeiden, dass die Organisation der Berufsausbildung auf Bieler Boden allmählich in eine sprachliche Spaltung abgleitet». RFB-Geschäftsbericht 2024, S. 14. RFB-Geschäftsbericht 2025, S. 18.

[118] Schuler M., Noirjean S. et al. (2011), op. cit.

[119] Gaudio, J. (7.4.2025), op. cit.

[120] Stadt Biel und Gemeinde Leubringen (28.09.2001), op. cit.

[121] Gaffino, D. (2017a), op. cit., S. 101.

[122] Gespräch mit Béatrice Sermet-Nicolet, 26.6.2026.

[123] «Der RFB beabsichtigt nicht, die französischsprachige Bevölkerung gegen die deutschsprachige auszuspielen. Vielmehr trägt er dazu bei, eine lebendige Zweisprachigkeit in der Region zu gewährleisten. Und zwar, indem er es der französischsprachigen Minderheit ermöglicht, nicht nur in Bezug auf ihre Sprache, sondern auch auf ihre Kultur und damit auf ihre Identität stark zu bleiben.», Pierrette Berger-Hirschi, Biel/Bienne, 8.3.2022. Oder auch: «Die Zweisprachigkeit zu fördern bedeutet auch, die französischsprachige Minderheit zu stärken: ihr einen Platz einzuräumen, Instrumente und Institutionen zu gewährleisten, die es ihr ermöglichen, Einfluss auf das öffentliche und private Leben zu nehmen», Gaffino, D. (2018), op. cit., S. 109.

[124] Gespräch mit Pierrette Berger-Hirschi, 24.8.2024.

[125] Lacorne, D., Judt, T. (Hrsg.) (2002), La Politique de Babel: du monolinguisme d'État au plurilinguisme des peuples. Paris: Karthala. Shevchenko, N. (2015). L'histoire du bilinguisme en Ukraine et son rôle dans la crise politique d'aujourd'hui. Cahiers Sens public, S. 203–225.

[126] Begriff, der erstmals im RFB-Geschäftsbericht 2019 im Vorwort der Präsidentin, Pierrette Berger-Hirschi, erscheint.

[127] Der RFB hat einen kabylischsprachigen Praktikanten aus Algerien, eine Studentin aus Rumänien sowie Praktikanten aus der Deutschschweiz aufgenommen. Ausserdem empfing er eine japanische Delegation aus der Präfektur Nara anläss-

lich ihres Besuchs in Biel. Biel/Bienne 24.11.2010, Geschäftsbericht 2011, S. 13, und Geschäftsbericht 2018, S. 7.

[128] Gespräch mit Béatrice Sermet-Nicolet, 26.6.2026.

[129] RFB-Medienmitteilung vom 2.4.2026: «RFB für Lokalfernsehen, das die Sprachgemeinschaften einander näherbringt».

[130] RJB (29.4.2026), «Dans les dossiers: le CAF se renouvelle, mais perd sa présidente», unter: https://ajour.ch/fr/story/672855/dans-les-dossiers-le-caf-se-renouvelle-mais-perd-sa-prsidente.

[131] Gaffino, D. (2016b), op. cit., S. 117.

[132] Gespräch mit Pierrette Berger-Hirschi, 24.8.2026.

[133] Journal du Jura, 31.5.2022.

[134] RFB-Geschäftsbericht 2018, S. 2.

[135] Gaffino, D. (2018), op. cit., S. 109.

[136] Gespräch mit Béatrice Sermet-Nicolet, 26.6.2026.

[137] RFB-Geschäftsberichte 2010 (S. 10), 2012 (S. 22), 2015 (S. 27) und 2024 (S. 34).

[138] Gemeinderat Evilard/Leubringen und Gemeinderat Biel/Bienne, Entwurf Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel, Vernehmlassungsverfahren, 6.6.2003, Stadtarchiv Biel (Gemeinderat), Signatur: 20010019.

[139] Schuler M., Noirjean S. et al. (2011), op. cit., S. 21.

[140] RFB-Geschäftsbericht 2023, S. 41.

[141] Center for the Study of Language and Society (2023), «Mehr als BiElingue», Universität Bern.

[142] Gespräch mit Gérard Caussignac, 12.6.2026.